

# Wirtschafts- und Marktforschung in Ost und West\*

Von

Stefan Varga - Budapest

*Inhaltsverzeichnis:* I. Gesichtspunkte der Wirtschaftsforschung — II. Aufgaben der Wirtschaftsforschung — III. Marktforschung

## I. Gesichtspunkte der Wirtschaftsforschung

Mir wurde die Aufgabe zuteil, eine Gegenüberstellung der einerseits in den sozialistischen, andererseits in den kapitalistischen Ländern betriebenen Wirtschafts- und Marktforschung vorzunehmen. Da aber die Marktforschung nur ein Teilgebiet — allerdings meiner Meinung nach eines der wichtigsten Teilgebiete — der Wirtschaftsforschung bildet, so ist eigentlich die Anwendung des Bindewortes „und“ hier nicht ganz angebracht. Richtigerweise sollte also der Titel meines Vortrages lauten: „Vergleich der Wirtschaftsforschung zwischen Ost und West unter besonderer Berücksichtigung der Marktforschung.“

Einleitend möchte ich betonen — obwohl Ihnen dies bekannt sein dürfte — daß die in den sozialistischen Ländern betriebene Wirtschaftsforschung im allgemeinen — trotz allerlei zwischen den Auffassungen der Forscher bestehenden Meinungsverschiedenheiten — betonterweise auf marxistischer Grundlage steht und in ihrer praktischen Anwendung zum Teil der Kritik des Kapitalismus, zum Teil dem Aufbau und der besseren Organisierung des Sozialismus dient. Hierbei ist es vielleicht angezeigt, auch darauf zu verweisen, daß, während in den Arbeiten der marxistischen Volkswirte lange Zeit die Kritik des Kapitalismus den größeren Raum beanspruchte, sich schon seit einigen Jahren ein Umschwung vollzogen hat, so daß jetzt bereits die Problematik des Sozialismus im Vordergrund ihres literarischen Interesses steht. Andererseits mehrt sich auch die in kapi-

---

\* Erweiterte Fassung eines in Hamburg in der Veranstaltung des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs am 10. Mai 1961 bzw. in Wien in der Veranstaltung der Österreichischen Statistischen Gesellschaft am 26. Mai 1961 gehaltenen Vortrags.

talistischen Ländern von Nicht-Marxisten verfaßte Literatur, die eine objektive Bekanntschaft und Wertung des sozialistischen Wirtschaftssystems anstrebt — wenn diese Literatur heute vielleicht auch noch nicht als ausreichend gelten kann.

Ich selbst bin allerdings, wenn ich auch in einem den sozialistischen Aufbau betreibenden Staat wirke, kein Marxist, doch hege ich die Überzeugung, daß es in den Ländern, die einmal den Weg des Sozialismus beschritten haben, aus politisch-soziologischen Gründen kein Zurück mehr gibt. Zur Bekräftigung dieses Ausspruches möchte ich mich auch auf Josef Schumpeter<sup>1</sup> berufen, der ja bekanntlich ausgeführt hat, die Entwicklung der kapitalistischen Staaten weise unwiderruflich auf das Kommen des Sozialismus hin.

Für die in den sozialistischen Ländern wirkenden Volkswirte stellt sich daher als ein für sie verbindlicher Dienst an ihrem Volk und an ihrem Land die Aufgabe, einerseits alles daranzusetzen, die Effizienz, den Nutzeffekt, die Wirtschaftlichkeit der sozialistischen Produktions- und Wirtschaftsweise zu heben und mit Rat und Tat dazu beizutragen, daß sich der wirtschaftliche Fortschritt neben der durch das System gewährleisteten Gerechtigkeit der Einkommensverteilung möglichst schnell entwickle, andererseits aber nichts ungetan zu lassen, das richtige Verständnis für den Kapitalismus und für die erzielten Erkenntnisse der westlichen Wirtschaftswissenschaften zu fördern.

In diesen Belangen möchte ich darauf verweisen, daß wohl die meisten Nationalökonomien, wie immer sie auch über die Effizienz der verschiedenen Wirtschaftssysteme denken sollten, den gleichen Standpunkt einnehmen dürften, wie Sir David Shackleton. Dieser war, wie wohl bekannt sein dürfte, einer der vier ersten Labour-Abgeordneten im britischen Unterhaus und bekleidete anfangs der zwanziger Jahre die Stellung eines Secretary of Labour im damaligen Koalitionskabinet. Er empfing mich im Frühjahr 1923 in Audienz, wobei ich ihn — wohl nicht sehr taktvoll — rundheraus fragte: „Sagen Sie mir, Sir David, sind Sie eigentlich Sozialist?“, worauf er mir — den Doppelsinn des von ihm gebrauchten Wortes scharf betonend — zur Antwort gab: „Well, I am a *sentimental* socialist.“

Daraus nun, daß meine Ihnen zu unterbreitenden Ausführungen die eines in einem sozialistischen Land wirkenden Nicht-Marxisten sind, müssen Sie offenbar begründeterweise auch die Folgerung ziehen, daß diese in vielen, wohl den meisten Belangen Ansichten eines Einzelgängers sind und wohl bei keinem einzigen marxistischen Forscher uneingeschränkte Zustimmung finden könnten und eine solche

---

<sup>1</sup> Josef A. Schumpeter: *Capitalism, socialism and democracy*. 2. Auflage. London 1947.

wahrscheinlich auch seitens der Mehrzahl der nicht-marxistischen Forscher nicht erhoffen können.

Bei einem Vergleich der hier und dort betriebenen Wirtschaftsforschung kann eine Reihe von verschiedenen Problemen berührt werden, so z. B. das Ausmaß der diesbezüglichen Forschungstätigkeit, ihre organisatorischen Rahmen, ihre Finanzierung und eventuellen Auftraggeber, die Zunuzemachung (Anwendung) ihrer Ergebnisse, d. h. also der Einfluß, den die Wirtschaftsforschung auf die Wirtschaftspolitik des Staates und die Geschäftspolitik der Unternehmungen ausübt, die den Hintergrund der Wirtschaftsforschung abgebenden Gesichtspunkte, die von ihr vornehmlich behandelten Probleme, die angewendeten Methoden, die den Ergebnissen der Forschungstätigkeit gesicherte Öffentlichkeit, die sich um die Forschungsergebnisse herausbildenden Diskussionen, der sich an die Forschung anknüpfende Lehrbetrieb, eine allgemeine Wertung der Wirtschaftsforschung usw.

Es ist wohl verständlich, daß es mir, der ich mich derzeit in einem kapitalistischen Land als Gast aufhalte, sonst aber in einem sozialistischen Land als nicht-marxistischer Volkswirt tätig bin, nicht ansteht, über eine Reihe der angeführten Fragen Werturteile abzugeben. Ich werde also bestrebt sein, mich an Tatsachen zu halten, wobei ich auch schon mit Rücksicht auf die mir zur Verfügung stehende beschränkte Zeit nur einen Teil der aufgezählten Probleme werde berühren können.

Ich habe die Überzeugung, daß sich einem jeden Kenner der westlichen volkswirtschaftlichen Literatur der Eindruck aufdrängt, der im vorigen Jahrhundert so rege Methodenstreit in der Nationalökonomik, der sich ja — notwendigerweise — nicht nur auf die anzuwendenden Methoden, sondern auch auf die Bestimmung der vermittelst dieser Methoden zu klärenden Fragen, der zu lösenden Problemkomplexe, also auch auf die Begriffsbestimmung der Volkswirtschaftslehre (neben der „method“ also auch auf das „scope“) erstreckte, habe sich verehbt. Wenn sich noch Meinungsverschiedenheiten über den Inhalt der Nationalökonomik aufzeigen lassen, so beziehen sich diese eigentlich nur auf didaktische Probleme, damit im Zusammenhang, daß der wissenschaftlichen Auffassungsgabe eines jeden Grenzen gesetzt sind, vor allem aber, daß das in ein Lehrbuch oder in einen akademischen Lehrgang einzwängbare Material notwendigerweise einer einschränkenden Eingrenzung bedarf.

Eine jede Wissenschaft und daher auch die Nationalökonomik, nimmt zu ihren Ausgangspunkten das Gebiet von anderen Wissenschaften bildende Feststellungen und Annahmen und bricht andererseits ihre Ausführungen in der Weise ab, daß sie eine Reihe von durch sie aufgedeckte, jedoch nicht eingehender behandelte Probleme

anderen Wissenschaftszweigen zur Behandlung überweist. Dies bedeutet aber keineswegs, daß die Nationalökonomien, die hinsichtlich der Abgrenzung ihrer Wissenschaft, ihres persönlichen Wissenskreises, ihres persönlichen wissenschaftlichen Interesses und auch der in ihrer Forschungstätigkeit angewendeten Methoden von anderen ihrer Fachgenossen abweichen, die Bedeutung der von den ihrigen abweichenden Gesichtspunkte in Abrede stellen wollten. Dies charakterisiert meiner Überzeugung nach die moderne Nationalökonomik. Deren Adepten vertreten also bewußter- oder unbewußterweise einen gesunden Eklektizismus, der sie in scharfen Gegensatz zu den Einseitigkeiten ihrer Vorgänger stellt. Für diejenigen meiner Fachgenossen aber, die in der Bezeichnung „Eklektizismus“ etwas Anrüchiges sehen, möchte ich vorschlagen, daß wir statt vom Eklektizismus von einer *Synthetisierung* der auf Grund von verschiedenen Methoden gewonnenen Erkenntnisse sprechen, da die Synthese zu den anspruchsvollsten und mit am höchsten eingeschätzten wissenschaftlichen Tätigkeiten gehört.

Die Betonung des Vorherrschens eines Eklektizismus soll natürlich nicht als Leugnung des Bestehens von vielartigen Meinungsverschiedenheiten verstanden werden. Diese bestehen auch weiter und dürften, ja müssen so lange weiterbestehen, so lange die Wissenschaft fortschreitet, denn zu diesem Fortschritt bedarf es der Schwächen der Ansichten aufdeckender und das Erfordernis ihrer besseren Fundierung herausstellender, gedankenerweckender, fruchtbarer Debatten. Doch möchte ich als Beweis des eklektisch gewordenen Grundzuges der nationalökonomischen Betrachtungsweise vor allem hervorheben, daß zum Beispiel im Westen unter Nationalökonomik nicht mehr ausschließlich die Weiterungen und Folgen der Knappheitserscheinungen der Güter verstanden werden, wie das lange Zeit der Fall gewesen<sup>2</sup>, sondern daß auch die von dem Marxismus so stark betonten *zwischenmenschlichen* Beziehungen<sup>3</sup>, sowie die Gesichtspunkte der

---

<sup>2</sup> Es soll natürlich nicht gelehnet werden, daß die Anwendung von soziologischen Gesichtspunkten auch der älteren Nationalökonomik nicht ganz fremd war; man denke nur an Adam Smith, in gewissen Hinsichten an John Stuart Mill, an Werner Sombart und an andere.

<sup>3</sup> Allerdings darf nicht verschwiegen werden, daß der Marxismus hierunter die sogenannten Produktionsverhältnisse versteht, innerhalb deren er die zwischen den Klassen bestehenden Beziehungen (Interessengegensätze, Kämpfe) eingehender als die anders gearteten zwischenmenschlichen Beziehungen behandelt. Diese letzteren werden vom Marxismus vorerst vernachlässigt, während sie von der nicht-marxistischen Volkswirtschaftslehre besonders in der *economics of consumption* (z. B. bei der Behandlung des Demonstrations-Effekts von Duesenberry usw.) eingehend untersucht werden.

Für die Auffassung von Marx sind besonders seine Darlegungen in seiner Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ charakteristisch. Dort führt er aus, die Menschen müßten, um produzieren zu können, zueinander in bestimmte Beziehungen und Verhältnisse treten und ihre Einwirkung auf die Natur, ihre Produktion wickelt sich im Rahmen dieser gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse ab. (Vgl.

geschichtlichen Wandlungen in die Untersuchungen weitgehend Eingang gefunden haben. Dies erscheint mit als eine der wichtigsten Tatsachen der modernen westlichen Wirtschaftsforschung, wenn wir deren Umgrenzung, nicht aber nur einfach den Inhalt dieses oder jenes Lehrbuches beachten. Diese Einbeziehung der vom Marxismus als entscheidend erachteten soziologischen Gesichtspunkte<sup>4</sup> in den Interessenkreis der nicht-marxistischen nationalökonomischen Theorie wurde allerdings in gewisser Hinsicht schon von *Böhm-Bawerk*<sup>5</sup> angebahnt. Besondere Verdienste um diese Entwicklung haben sich hernach *Friedrich von Wieser* mit seinem „Das Gesetz der Macht“<sup>6</sup>, sowie *Max Weber* mit seiner „Wirtschaft und Gesellschaft“<sup>7</sup>, *Franz Oppenheimer*<sup>8</sup> u. a. erworben. Die einschlägige Auffassung dürfte heute in Europa — neben einigen Engländern, wie *Tawney*<sup>9</sup> usw. — wohl der Pariser Professor *François Perroux* am nachdrücklichsten vertreten, während in den Vereinigten Staaten von Amerika die Zahl der derartigen Gesichtspunkten große Bedeutung zumessenden Volkswirte so bedeutend ist, daß an eine Aufzählung gar nicht gedacht werden kann. Ich möchte nur an die Namen *Veblen*, *Commons*, *Meade*, *Berle*, *Burnham*, *Galbraith*, *Riesman*, *Rostow* erinnern, die zugleich auch weitgehendes Verständnis für die Probleme des geschichtlichen Wandels der wirtschaftlichen Institutionen aufweisen. Die neuen Disziplinen „human relations“ und „industrial relations“ usw. weisen aber ebenfalls in diese Richtung.

Es wäre recht müßig, dem nachgehen zu wollen, ob und in welchem Ausmaße die bei den Nicht-Marxisten vorherrschend gewordenen makroökonomischen Betrachtungsweisen und unter diesen die Kreislauftheorien, sowie die moderne Begriffsbildung des ökonomischen Wachstums („growth“) unter dem Einfluß des Marxismus aufgekommene sind. Doch möchte ich darauf verweisen, daß diese mit den Marxschen Theorien von der einfachen und erweiterten Reproduktion

---

*Marx*: „Lohnarbeit und Kapital“, 1847 verfaßt und zuerst 1849 veröffentlicht. 5. Auflage, Berlin 1952, S. 30.) *Engels* betrachtet die „Beherrschung des Menschen durch die Menschen“ bzw. die „Abhängigkeit des Menschen vom Menschen“, also im Grunde genommen eine *Erscheinung der Machtverhältnisse* als eine Grunderscheinung des Kapitalismus. (Vgl. *Friedrich Engels*: „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ [„Anti-Dühring“], zuerst erschienen 1877—1878, 51.—60. Tausend Berlin 1948, S. 213.)

<sup>4</sup> Man denke neben der gesamten Marxschen Konzeption auch schon an das große Interesse, das *Engels* im „Anti-Dühring“ den Fragen der Macht zuwendet.

<sup>5</sup> *E. von Böhm-Bawerk*: „Macht oder ökonomisches Gesetz?“, zuerst erschienen 1914, neu abgedruckt in: *Gesammelte Schriften von E. v. Böhm-Bawerk*, herausgegeben von *F. X. Weiss*, 1924, S. 230 ff.

<sup>6</sup> Wien 1926.

<sup>7</sup> *Grundriß der Sozialökonomik*, 3. Abteilung. Tübingen 1921.

<sup>8</sup> „Grundriß der theoretischen Ökonomik“, Jena 1926 und andere Werke.

<sup>9</sup> „The acquisitive society.“

manche Ähnlichkeit haben. Den eingehenden soziologischen und geschichtlichen Hintergrund der Wachstums-Theorien ersetzt bei Marx die Ergänzung seiner Ansichten über die erweiterte Reproduktion mit denen über die Entstehungsursachen und Quellen der Akkumulation. Diese und in diesem Zusammenhang die Entstehung und die Verteilung der Vermögen theoretisch zu behandeln, bildet einen mit der Einkommensverteilungstheorie gleich wichtigen Teil der Nationalökonomik, der von der nicht-marxistischen Theorie zwar nicht ganz vernachlässigt, jedoch vorerst gewiß nicht ausreichend behandelt wird<sup>10</sup>. Zu betonen ist auch, daß die marxistische Theorie sich hinsichtlich der Bestimmung der Wachstumsmöglichkeiten der Volkswirtschaft auch ökonomischer Modelle bedient. Sie begnügt sich also nicht mehr mit einer nur qualitativen Analyse. Sie erkennt die Wichtigkeit der dynamischen Elemente für das Verständnis der volkswirtschaftlichen Belange und versucht die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wachstums (der Erweiterungsmöglichkeiten der Reproduktion) auf Grund der bestehenden Struktur der Volkswirtschaft unter Berücksichtigung des Investitions- und Rohstoffbedarfs der Konsumgüterproduktion — sozusagen als verbleibendes Residuum — zahlenmäßig auszuweisen.

Demgegenüber wurde die dialektische Betrachtungsweise des Marxismus weitgehend Gemeingut auch der nichtmarxistischen Anschauungsweise, wenn sie auch auf deren Wassern unter einem abgeänderten Namen, als makroökonomische oder ganzheitliche Betrachtungsweise oder so ähnlich segelt. Allerdings bedient sich neuerdings auch die marxistische Nationalökonomik weitgehend dieser Terminologie.

Ich möchte aber auch darauf verweisen, daß die Keynesche Krisentheorie, die sich doch auf den mit steigenden Einkommen sinkenden Verbrauchshang („propensity to consume“) gründet und bei den Nicht-Marxisten weitgehend Anklang findet, dem Wesen nach voll der Marxschen Unterkonsumtionstheorie entspricht, obgleich Marx das Hauptgewicht darauf legt, daß die Massen infolge ihres unzureichenden Einkommens nicht imstande sind, die zur Sicherung eines Gleichgewichts erforderlichen Warenmengen anzukaufen, während Keynes das Hauptgewicht nicht auf die fehlende Möglichkeit, sondern auf den fehlenden Willen hierzu legt.

Andererseits wiederum kann hinsichtlich des Forschungsgebietes der marxistischen Nationalökonomie darauf verwiesen werden, daß diese — im Gegensatz zu früher<sup>11</sup> — neuerdings ausdrücklich betont, man

<sup>10</sup> Vgl. jedoch mein Buch „Der Unternehmungsgewinn. Ein Beitrag zur Theorie der Vermögensverteilung“. Berlin 1957.

<sup>11</sup> An dieser Stelle soll auf die erfreuliche Tatsache verwiesen werden, daß

müsse sich nicht nur mit den sogenannten Produktionsverhältnissen, d. h. mit den im Rahmen der Erzeugung zustande kommenden zwischen-menschlichen Beziehungen, sondern auch mit den Beziehungen der Menschen und Güter, besonders aber der knappen Güter befassen<sup>12</sup>. Dies bedeutet, daß — wenn auch mit einer zum Teil von der im Westen gebräuchlichen abweichenden Terminologie — Fragen des Verbraucherverhaltens, der Wahlentscheidungen der Verbraucher, ihrer Hintergründe, der Art und Weise ihres Zustandekommens usw. behandelt werden, also Fragen, mit deren Lösung sich die nicht-marxistische Nationalökonomik — zum Teil im Gefolge der behavioristisch fundierten Theorie der „revealed choices“ (*Samuelson*), zum Teil aber im Gefolge der empirisch-soziologisch-geschichtlichen Untersuchungen von *Georg Katona* und seiner Schule — seit langem befaßt.

Das den Knappheitserscheinungen der Wirtschaft seitens der marxistischen Volkswirte und Wirtschaftspolitiker neuerdings entgegengebrachte Interesse läßt sich daran abmessen, daß — verständlicherweise — neben dem Bestreben nach einer denkbar raschen Erhöhung des Sozialproduktes die Maximierung der unter den obwaltenden Bedingungen erzielbaren gesamtwirtschaftlichen Produktivität unter den im Marxismus neuerdings mit großer Intensität behandelten Wirtschaftsproblemen mit an erster Stelle steht, wobei auch immer wieder, wenn auch mit unterschiedlichen Begründungen, der Gedanke auftaucht, bei der Berechnung der erzielbaren Produktivität, bei der Bestimmung der Prioritätsfolge der Verwendung der zur Verfügung stehenden knappen Mittel sei eine eigentliche Zinsberechnung oder eine dieser ähnliche Kalkulationsmethode anzuwenden<sup>13</sup>.

---

die marxistische Wirtschafts- und Marktforschung seit Mitte der fünfziger Jahre einen beachtlichen Aufschwung genommen hat. Im Gegensatz zu den früher veröffentlichten einschlägigen Arbeiten zeichnen sich viele der neueren Bücher und Abhandlungen dadurch aus, daß sie den für die frühere Literatur charakteristischen Dogmatismus — zumindest in der Sowjetunion, in Polen, in Ungarn und vielleicht auch in anderen sozialistischen Ländern — abgestreift haben, womit zugleich eine beachtliche Erhöhung ihres Niveaus einherging.

<sup>12</sup> In meiner Abhandlung „Freie und wirtschaftliche Güter“, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Band 172, 1960, S. 303—314, habe ich jedoch versucht, den Nachweis zu erbringen, daß der Begriff der „freien Güter“ ein relativer ist, so daß in gewissen Beziehungen eigentlich sämtliche Güter zu bewirtschaften seien.

<sup>13</sup> Vgl. *T. Hatschaturow*: „Mit der wirtschaftlichen Effizienz der in der sozialistischen Wirtschaft ausgeführten Investitionen zusammenhängende Probleme“ (russisch), *Woprosü Ekonomiki*, 1957, No. 2, S. 106—121, und *T. Hatschaturow*: „Die wirtschaftliche Effizienz der komplexen Mechanisierung und Automatisierung der Produktion“ (russisch), *Woprosü Ekonomiki*, 1959, No. 12, S. 61—74. In diesem letzteren Artikel bricht der Verfasser auch eine Lanze für die Berücksichtigung nicht nur der Zinsen, sondern auch der Zinsezinsen.

Vgl. über die Frage der Effizienz der Investitionen auch *Cahiers de l'Institut de Science Economique Appliquée*, No. 104, Paris 1960. Dieses Heft führt den Sammeltitle „Rationalité et Croissance Économiques Soviétiques“ und veröffentlicht mehrere Abhandlungen, unter diesen auch eine von *Hatschaturow*. Besonders

Es ist recht lehrreich, dem nachzugehen, auf welchem Umweg die Zinskalkulation bei der Bestimmung und dem Vergleich des Nutzeffektes (der Wirtschaftlichkeit) der Investitionen in die Sowjet-Theorie Eingang fand. Hierzu bedurfte es nämlich geraumer Zeit. Anfangs verurteilte man diese Berechnungsart mit der Begründung, Zinsen seien eine solche Erscheinung des Kapitalismus, die im Sozialismus keine Berechtigung hätte. Daraufhin hatte ein geistreicher Volkswirt die Idee, vorzuschlagen, man solle nicht Zinsen, sondern den reziproken Wert der Zinsen berücksichtigen, welcher Gedanke dann als spezifisch sozialistische Methode Anklang fand. Dies bedeutete, daß man nicht die Rendite der Investitionen berechnete, sondern die Zeit, in der ihr Wert „sich rückvergütet“: je schneller dies erfolgen kann, um so günstiger erscheint die geplante Investition<sup>14</sup>. Natürlich sah man dann nach einiger Zeit ein, es sei recht gleichgültig, ob man mit Zinsen oder deren Reziprokwerten rechnet und heutzutage fordern die marxistischen Volkswirte wohl kaum mehr eine solche Camouflage der Zinsberechnung im Sozialismus<sup>15</sup>.

Auch die Ansichten mehren sich, wonach es angezeigt und erwünscht sei, bei der Bestimmung der Preise im Sozialismus Zinsen nach den in der Erzeugung gebundenen Mitteln (man spricht von diesen und nicht vom Kapital!) sozusagen als Teile der gesellschaftlichen Produktionskosten zu berücksichtigen.

In den Spalten der „Woprosü Ekonomiki“ wurde während der Jahre 1958 und 1959 eine sehr breit angelegte Debatte über das Preisproblem im Sozialismus geführt. Im Verlauf dieser Debatte setzten sich viele Verfasser, so z. B. Bronislaw Minc, Waag, Kolganow, Paschkow u. a. für einen „Produktionspreis“ ein, was bedeutet, daß bei den Preisfestsetzungen neben dem Preis der aufgewendeten „lebenden

---

wertvoll erscheint auch die Abhandlung von H. *Chambre*: „A propos des critères du choix des investissements“, die sich hauptsächlich mit den Auffassungen von *Kantorowitsch* beschäftigt.

<sup>14</sup> Unter der Zeitdauer der Rückvergütung bzw. der Umschlagszeit der investierten Mittel ist das Zeiterfordernis ihres Rückflusses aus Amortisationsbeiträgen und Gewinn zu verstehen.

Daß der reziproke Wert der erzielten Zinsenrendite gleich der Umschlagszeit der investierten Mittel ist, beweist *Nowoschilow*. (Vgl. W. W. *Nowoschilow*: „Die Messung der Aufwendungen und der Ergebnisse in der sozialistischen Wirtschaft“, erschienen im Sammelband: „Die Anwendung der mathematischen Methoden in der Wirtschaftsforschung“ (russisch), redigiert von W. S. *Njemtschinow*, Moskau, 1959, S. 83.

<sup>15</sup> *Nowoschilow* (a.a.O., S. 91) führt aus: „Die naive Vorstellung, wonach das Absehen von einer Zinskalkulation nach den investierten Mitteln und hingegen die Berücksichtigung ihrer Umschlagszeit, sei gleichbedeutend mit einer Abkehr von der im Kapitalismus gebräuchlichen Methode zur Schaffung eines gemeinsamen Nenners für die Investitions- und Reproduktionskosten und die Ausarbeitung einer diesem Zweck dienenden spezifisch sozialistischen Methode, trug selbstverständlich in keiner Hinsicht dazu bei, daß wir an dieses wichtige Problem der sozialistischen Volkswirtschaft in vernünftiger Weise herangehen.“



Arbeit“ auch Zinsen nach dem Preis der vorverwendeten Arbeit zu berücksichtigen seien. Allerdings wurden diese Zinsen nicht als solche bezeichnet, sondern man vertrat die Auffassung, man sollte diese in der Größe (im Prozentsatz) des dem Staat zustehenden Gewinns entsprechend, also durch dessen Abstufung, berücksichtigen. Dies bildet jedoch nur einen terminologischen Unterschied<sup>16</sup>.

Hierzu gesellt sich das bei sowjetischen Volkswirten neuerdings erwachte Interesse an der marginalen Analyse, die sie für Zwecke der optimalen Verwendung der Ressourcen und der optimalen Bestimmung der den gesellschaftlichen Kosten entsprechenden Preise zu verwenden vorschlagen. Diese Ansichten trifft man z. B. bei *Kantorowitsch*<sup>17</sup> und bei *Njemtschinow*<sup>18</sup> an.

Sogar dem Gedanken der *opportunity costs* begegnet man neuerdings auch in der sowjetischen Nationalökonomik. *Notkin*<sup>19</sup> hat schon im Jahre 1953 betont, die Berechnung von Zinsen nach den Investitionskosten sei mit dem technischen Fortschritt zu begründen. Der Umstand nun, daß die in irgendeinem Jahr investierten Ressourcen bis zu ihrer Amortisierung gebunden sind, bewirke, daß sie nicht in späteren Jahren, bei einer höher entwickelten Technik und daher also eine größere Arbeitsproduktivität ermöglichend, investiert werden können. Eine jede Investition bedeutet daher eine Entsagung dieser Möglichkeit. Der Zins hätte für diese Entsagung zu kompensieren. Bei der Bestimmung der Wirtschaftlichkeit einer Investition sei daher eine Berechnung der Zinsen als negativer Faktor zu berücksichtigen.

Es ist ganz offenbar: hierbei handelt es sich um eine Berücksichtigung von *opportunity costs*. Die von *Notkin* aufgezeigten solchen Kosten haben allerdings einen ganz privatwirtschaftlichen Charakter.

<sup>16</sup> Ich selbst, der ich ebenfalls für die Berücksichtigung der Zinsen bin, habe vorgeschlagen („Planwirtschaftliche Reformgedanken in Ungarn“, Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 115. Band, 4. Heft, 1959, S. 685—715), man sollte statt von Zinsen von einer „Benutzungsgebühr“ nach dem den Unternehmungen seitens des Staates zur Verfügung gestellten Mitteln sprechen. Eine Aufrechnung einer solchen „Benutzungsgebühr“ sei deshalb begründet, weil sich die Produktivität der in den Unternehmungen geleisteten Arbeit erhöht, falls ihnen verhältnismäßig größere fixe und umlaufende Mittel zur Verfügung stehen und es daher begründet ist, falls der Staat den hierdurch zugesicherten Vorteil ihnen in einer sozusagen „pauschalierten“ Form, also vor der Bestimmung ihres Gewinns, entzieht.

<sup>17</sup> L. W. *Kantorowitsch*: „Die wirtschaftsrechnungsmäßige Bestimmung der besten Ausnutzung der Ressourcen (der wirtschaftlichen Kraftquellen)“. Moskau 1959 (russisch). Vgl. über dieses Buch auch Benjamin *Ward*: „Kantorovich on Economic Calculation“, The Journal of Political Economy, LXVIII. Band, No. 6, Dezember 1960, S. 545—556.

<sup>18</sup> W. S. *Njemtschinow*: „Wert und Preis in der sozialistischen Wirtschaft“ (russisch), Woprosü Ekonomiki, 1960, No. 12.

<sup>19</sup> A. I. *Notkin*: „Die Bestimmung der wirtschaftlichen Effizienz der Investitionen in der sowjetischen Industrie“, Moskau 1953 (russisch).

Von volkswirtschaftlichen *opportunity costs* kann man im Falle seiner Annahme nämlich deshalb nicht reden, weil von den in einem Jahre zur Verfügung stehenden Ressourcen zumindest die Arbeitskräfte nicht für später aufgehoben werden können: man muß sie verwenden, sonst gehen sie einfach verloren.

In der Sowjet-Literatur begegnet man aber auch dem Gedanken von eigentlichen volkswirtschaftlichen *opportunity costs*. Diesem Gedanken liegt die Idee zugrunde, daß wenn irgendein Teil der in beschränkten Mengen zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren für Zwecke irgendeiner Erzeugung verwendet wird, dies verhindert, daß die so verwendeten Mengen für andere Produktionszwecke verwendet werden können. Der dergestalt entgehende Nutzen sei ebenfalls als Kostenfaktor zu werten. In diesen Fällen muß man also für die nicht gleich verwirklichtbaren Produktionsziele andere, weniger geeignete oder teurere Produktionsmittel verwenden, wodurch sich die Kosten dieser Erzeugung erhöhen.

In der westlichen Literatur werden die *opportunity costs* naheliegenderweise in der Mikroökonomik behandelt. Die sozialistischen Eigentumsverhältnisse bewirken jedoch, daß im Sozialismus manche für den Kapitalismus gültige mikroökonomische Betrachtungsweisen zu makroökonomischen werden. Für die eine Planwirtschaft betreibenden Länder ist es naheliegend, die Forderung zu stellen, daß die *opportunity costs* in Beziehung auf die gesamte Volkswirtschaft berechnet und in der Planung berücksichtigt werden.

Dieser Gedanke wurde wohl am eingehendsten von *Nowoschilow*<sup>20</sup> ausgeführt. Dieser hat detaillierte mathematische Verfahren zur Messung dieser „mittelbaren“ und „rückwirkenden“ Aufwendungen und zur Ausarbeitung von solchen „optimalen Plänen“ ausgearbeitet, die sich dazu eignen, die optimale Zusammensetzung der für verschiedene Zwecke verwendbaren Produktionsmittel unter Berücksichtigung der „volkswirtschaftlichen Einstandskosten“ zu bestimmen. (Bei dieser Berücksichtigung der *opportunity costs* kommt also die Methode der linearen Programmierung zur Anwendung.)

Es ist ganz offenbar, daß sich die kapitalistischen Unternehmungen bei ihren wirtschaftlichen Entscheidungen dafür nicht zu interessieren haben, daß die Verwendung von gewissen Produktionsfaktoren oder von gegebenen Rohstoffen für konkrete Zwecke zur Folge haben könne, daß andere Unternehmungen eventuell unter ungünstigeren Bedingungen zu produzieren haben. Die kapitalistischen Unternehmungen interessieren sich auch dafür nicht, wie viel Arbeit, Material, Investitionen usw. zur Herstellung der durch sie verwendeten Produk-

---

<sup>20</sup> W. W. *Nowoschilow*: „Die Messung der Aufwendungen und der Ergebnisse in der sozialistischen Wirtschaft“, a.a.O..

tionsmittel verwendet werden mußten, *bevor* diese von ihnen angekauft wurden. Dies bedeutet, daß sie sich um die „volkswirtschaftlichen Einstandskosten“, oder — anders ausgedrückt — um das „social input“-Erfordernis der durch sie erzeugten Produkte nicht kümmern. Die Frage der *opportunity costs* stellt sich daher für die kapitalistischen Unternehmungen ausschließlich in Geldausdrücken (die Marxisten sagen: in der Wertform!): wenn von den zur Verfügung stehenden Geldmitteln z. B. 100 000 Dollar für irgendeinen Zweck verwendet oder gebunden werden, so entgehen sie jener Vorteile, die eine andersartige Verwendung dieses Betrages ihnen sichern könnte.

Hierzu im Gegensatz hat das Problem des „social input“ auch für die Wirtschaftspolitiker der kapitalistischen Länder Bedeutung und auch die Frage ist von Belang, in welcher naturalen Zusammensetzung das „social input“ erforderlich wird. Zugleich ist offenbar, daß diese Zusammensetzung sich vermittelt verschiedener Maßnahmen direkt oder indirekt im Interesse der Verwirklichung der gesteckten wirtschaftspolitischen Ziele auch beeinflussen läßt. Mit Rücksicht hierauf können die von in den sozialistischen Ländern tätigen Forschern ausgearbeiteten Methoden auch auf das Interesse der in den kapitalistischen Ländern wirkenden Wirtschaftspolitiker rechnen, vermittelt welcher Verfahren es möglich wird, außer den zu der Herstellung von konkreten Gütern in gegebenen Betrieben erforderlich werdenden Investitions- und laufenden Betriebskosten auch die anderen „volkswirtschaftlichen Aufwendungen“ zu berechnen<sup>21</sup>.

Viele der marxistischen Volkswirte sind heutzutage bereits der Meinung, daß es unrichtig sei, wenn man zur Beurteilung des wirtschaftlichen Nutzeffekts der Investitionen ausschließlich die Investitionen des unmittelbar geplanten Betriebes berücksichtigen wollte. Wenn — wie es zuweilen seitens der technischen Projektierungsanstalten noch immer geschieht — die Beurteilung ausschließlich auf Grund des Investitionserfordernisses des fraglichen Betriebes erfolgt, so werden die Investitionsbedürfnisse unterschätzt und die zur Beurteilung des Investitionsvorhabens erforderlichen Daten verzerrt<sup>22</sup>.

---

<sup>21</sup> In der Sowjetunion z. B. hat man festgestellt, daß man zur Herstellung von einer Tonne Äthylalkohol zweimal so viele Arbeitsstunden als sonst aufzuwenden hat, falls als Rohstoff Erdöl verwendet wird. Falls jedoch auch der Arbeitszeitbedarf des Rohstoffs berücksichtigt wird, so stellt es sich heraus, daß zur Herstellung von einer Tonne Äthylalkohol mehr als 1300 Arbeitsstunden erforderlich sind, falls er aus Getreide oder Kartoffeln hergestellt wird, dagegen kaum 80 Arbeitsstunden, falls als Ausgangsmaterial Erdöl Verwendung findet. (Auf Grund eines in Budapest im März 1960 auf der Konferenz von in der chemischen Industrie tätigen Volks- und Betriebswirten gehaltenen Vortrages von Professor N. P. Fedorenko über die Methodik der wichtigeren technisch-wirtschaftlichen Kennziffern.)

<sup>22</sup> Vgl. den zitierten Vortrag von N. P. Fedorenko.

Daher ist stets zu untersuchen, welche Investitionen zur Sicherung der Materialversorgung sowie des Material- und Fertigwarentransportes des geplanten Betriebes erforderlich werden, bzw. welche vorhandenen Kapazitäten anderen Verwendungszwecken entzogen werden.

Die hier berührten Investitionsbeziehungen des Problems erscheinen vom Gesichtspunkt der in den kapitalistischen Ländern zu verwirklichenden Wirtschaftspolitik aus betrachtet deshalb als interessant, weil doch diese Wirtschaftspolitik vor allem das Volumen und die Richtung der Investitionstätigkeiten beeinflussen kann und will, wobei es wohl in größtem Maße unzweckmäßig wäre, bei den den Investitionen vorangehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen die auf gesamtwirtschaftlicher Ebene auftretenden gesamten Investitionsbedürfnisse zu unterschätzen.

Neuerdings begegnet man bei marxistischen Volkswirten auch einer uneingeschränkten ausdrücklichen Anerkennung der Bedeutung der Berücksichtigung der psychologischen Gesichtspunkte, so z. B. bei *Gatowski*<sup>23</sup>, der vor nicht langer Zeit folgendes schrieb: „Das Ziel der sozialistischen Produktion bildet die ständige Hebung des Lebensniveaus des Volkes vermittelt der Hebung des Verbrauchs. Trotzdem erachten die Volkswirte die Fragen des Verbrauchs häufig als solche, die nicht in das Gebiet der Wirtschaftswissenschaften gehören und befassen sich daher nicht mit ihnen. Demgegenüber wird unter den Bedingungen des Kommunismus, im Zusammenhang damit, daß dann die Produkte in großer Fülle zur Verfügung stehen werden . . . das Studium von vielen mit dem Verbrauch zusammenhängenden Fragen zu einer überaus großen Bedeutung gelangen. Solche Fragen sind: der Einfluß der Erhöhung der Produktion und des technischen Fortschritts auf den Verbrauch . . ., die Abhängigkeit der Struktur des Verbrauchs von dem Einkommensniveau, die Faktoren der Veränderungen der Nachfrage und unter diesen die Rolle der psychologischen Faktoren usw. Auf all diesen Gebieten sind vielgestaltige konkrete Analysen erforderlich.“

Zu erwähnen ist, daß neuerdings auch das Interesse an der betriebswissenschaftlichen Anwendung von psychologischen Erkenntnissen, Versuchen und Forschungsergebnissen wächst.

Das eben angeführte Zitat aus der Feder von *Gatowski* verweist auch mit großer Deutlichkeit auf das Interesse, das der Marxismus neuerdings den Problemen des Verbrauchs entgegenbringt. Dies bildet zwar ein selbstverständliches Gebot der Planwirtschaft, da doch

<sup>23</sup> „Der gegenwärtige Entwicklungsstand der politischen Ökonomie des Sozialismus und einige Fragen seiner weiteren Entwicklung“ (russisch), *Woprosü Ekonomiki*, 1959, No. 3, S. 3—22.

alle Waren abgesetzt, also letzten Endes dem Verbrauch zugeführt zu werden haben. Die Hervorhebung der neuerdings erfolgenden Berücksichtigung des Verbrauchsproblems auch in der Theorie ist aber angebracht, da *Engels*, der den Gegenstand der politischen Ökonomie in einer Weise bestimmte, der lange Zeit für den Marxismus sozusagen verbindlich war, ausgeführt hatte, Jean-Baptiste Say habe zwar den Problemen der Produktion, des Austausches und der Verteilung als einen weiteren ökonomischen „Hergang den des Verbrauchs, der Konsumtion hinzugefügt, aber nichts Gescheites darüber zu sagen gewußt, ebensowenig wie seine Nachfolger“<sup>24</sup> — wobei *Engels* selbstverständlich nur an jene Volkswirte denken konnte, deren Leistungen ihm bekannt waren.

Das Interesse an den Fragen der Nachfrage hat in der Sowjetunion auch zu einer Art der Neuentdeckung des Grenznutzens geführt, wenn dieser Begriff von der Mehrzahl der sowjetischen Volkswirte vorerst auch noch abgelehnt wird. Besonders *Konius*<sup>25</sup> versucht die Grenznutzentheorie — ohne sich auf diese notwendigerweise zu beziehen — mit der *Marx*schen Werttheorie zu versöhnen, hierbei jene Tradition fortführend, bzw. wieder aufgreifend, die in Rußland schon vor dem ersten Weltkrieg von *Dmitrijew*, *Gelesnoff*<sup>26</sup> und anderen begründet wurde<sup>27</sup>.

<sup>24</sup> Friedrich *Engels*: „Anti-Dühring“, a.a.O., S. 186.

Als Nachweis der einengenden Begriffsbestimmung der politischen Ökonomie, aber auch als Zeichen dessen, daß *Engels* ihre Ausdehnung nicht grundsätzlich abgelehnt hatte, mögen folgende seiner Aussprüche angeführt werden:

„Die politische Ökonomie, im weitesten Sinne, ist die Wissenschaft von den Gesetzen, welche die Produktion und den Austausch des materiellen Lebensunterhalts in der menschlichen Gesellschaft beherrschen . . .“ (a.a.O., S. 178).

„Mit der Art und Weise der Produktion und des Austausches einer bestimmten geschichtlichen Gesellschaft, und mit den geschichtlichen Vorbedingungen dieser Gesellschaft, ist auch gleichzeitig gegeben die Art und Weise der Verteilung der Produkte“ (ebenda, S. 179).

„Die Verteilung ist indes nicht ein bloßes passives Erzeugnis der Produktion und des Austausches; sie wirkt ebenso sehr zurück auf beide“ (ebenda, S. 180).

„Die politische Ökonomie, als die Wissenschaft von den Bedingungen und Formen, unter denen die verschiedenen menschlichen Gesellschaften produziert und ausgetauscht und unter denen sie demgemäß jedesmal die Produkte verteilt haben — die politische Ökonomie in dieser Ausdehnung soll jedoch erst geschaffen werden. Was wir von ökonomischer Wissenschaft bis jetzt besitzen, beschränkt sich fast ausschließlich auf die Genesis und Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise“ (ebenda, S. 182).

<sup>25</sup> A. *Konius*: „Die Preise und die theoretischen Probleme des Verbrauchs in den Werken von S. Strumilin und die Methoden zu ihrer weiteren Erforschung.“ Im Sammelband: „Fragen der Nationalökonomik, der Planung und der Statistik“, herausgegeben anlässlich des 80. Geburtstages von S. G. Strumilin, redigiert von W. S. *Njementschinow*, Moskau 1957, S. 405—419 (russisch) — S. das Zitat von *Konius* am Ende dieses Abschnitts.

<sup>26</sup> Vgl. weiter unter Anmerkung 42.

<sup>27</sup> Die mit dem Marxismus in keine Verbindung gebrachte Grenznutzentheorie war in Rußland wohl nie sehr verbreitet. Eugen *Slutsky*, der Verfasser der Jahr-

Die Gedanken der Grenznutzentheorie werden — wie nicht weiter verwunderlich — in dem Maß aufgegriffen, in dem sich das Interesse der Erforschung der Gestaltungskräfte der Konsumentennachfrage, bzw. des Verbrauchs zuwendet, wie dies in Ungarn aus den Arbeiten von József Bognár<sup>28</sup>, Robert Hoch<sup>29</sup> und anderen ungarischen Marxisten bzw. dem Marxismus nahestehenden Volkswirten hervorgeht.

Die Erscheinungen der verschiedenen Nachfrageelastizitäten gehören heute verständlicherweise schon zum Gemeingut der marxistischen Ökonomik, wobei besonders den Einkommens- und Kreuzelastizitäten Beachtung geschenkt wird und Versuche zu ihrer rechnermäßigen Veranschlagung angestellt werden. Die Ergebnisse dieser Berechnungen werden bei der Volkswirtschaftsplanung der Verbraucher-Nachfrage berücksichtigt, ja diese gründet sich, falls keine Berechnungsergebnisse vorliegen, weitgehend auf Überlegungen hinsichtlich der wahrscheinlichen derzeitigen und in der Zukunft zu erwartenden Gestaltung dieser Nachfrageelastizitäten. Allerdings wird seitens der marxistischen Volkswirte im Zusammenhang mit diesen zuweilen die Auffassung vertreten, die auslösenden Bestimmungsgründe der Einkommenselastizitäten seien nicht psychologischer, sondern objektiver gesellschaftlicher und materieller Natur: die Produktionsverhältnisse hätten die Klassen zum Entstehen gebracht, diese und die Entwicklung der Produktionskräfte hätten neben dem Einfluß des allgemeinen geschichtlichen Werdegangs der Gesellschaft und der Volkswirtschaft die Einkommensverteilung bestimmt und diese sei — neben den die Gestaltung der Bedürfnisse beeinflussenden ökologischen Naturbedingungen — letzten Endes für die Gestaltung auch der Nachfrageelastizitäten verantwortlich.

Wenn man nun vom terminologischen Beiwerk abstrahiert und es als gleichgültig bezeichnet, ob es nicht angezeigt wäre, zumindest einen Teil der angeführten, die Gestaltung der Nachfrageelastizitäten zweifellos beeinflussenden Faktoren den massenpsychologischen und behavioristisch-psychologischen hinzuzuzählen, so schrumpft wiederum ein Gegensatz zwischen marxistischer und nicht-marxistischer Wirtschaftsforschung zusammen, bezweifeln ja auch die marxistischen Volkswirte nicht, daß der Zusammenhang zwischen den letzten Ursachen des Verbraucherverhaltens und deren Resultate im Wege einer Transmission zustandekommt: die Ursachen beeinflussen das Verhalten und die

---

zehnte nach ihrem Erscheinen berühmt gewordenen Abhandlung „Sulla teoria del bilancio del consumatore“, *Giornale degli Economisti*, Juli 1915, dürfte zu den Ausnahmen zählen.

<sup>28</sup> József Bognár: „Nachfrage und Nachfrageforschung im Sozialismus“ (ungarisch), Budapest 1961.

<sup>29</sup> Vgl. verschiedene Abhandlungen dieses Verfassers in der *Közgazdasági Szemle*, Budapest (ungarisch).

Gebahrung der Wirtschaftssubjekte, wobei die Art der gezeitigten Resultate neben objektiven, ferner geschichtlich gegebenen Umständen auch von auf vielartige Einflüsse zurückzuführende Attitüden dieser Wirtschaftssubjekte zurückzuführen seien.

Andererseits dürften wohl alle nicht-marxistischen Volkswirte ohne weiteres zugeben, daß die Entwicklung der Produktionskräfte und mit dieser im Zusammenhang die Größe und die materielle Zusammensetzung der Produktion und des Warenangebots, ferner die Gestaltung der von den Selbstkosten ausschlaggebend, wenn auch nicht ausschließlich bestimmten Preise und Preisrelationen die Möglichkeiten und daher auch die praktische tatsächliche Gestaltung der effektiven Nachfrage determinieren. Es ist wohl richtig: bei den marxistischen Volkswirten begegnet man eher der Hervorkehrung dieser letzteren, bei den nichtmarxistischen Ökonomen eher der Betonung der zuerst genannten Gesichtspunkte. Ich glaube jedoch nicht, daß die betontere Hervorkehrung der einen Tatsache mit der Leugnung der Stichhaltigkeit der mit dieser nicht im Widerspruch stehenden, sondern im Gegenteil mit dieser sich gut vertragenden anderen Tatsache als gleichbedeutend zu erachten sei.

Die marxistische Volkswirtschaftslehre ist übrigens auch in anderer Hinsicht gezwungen, sich psychologischen Fragen und Gesichtspunkten zuzuwenden. Schon an und für sich die Behauptung, die kapitalistischen Unternehmen hätten stets das Bestreben, die Maximierung ihrer Profite zu erzielen, beinhaltet eine Annahme über das psychologische Verhalten der Unternehmen, wobei es ja ruhig dahingestellt bleiben kann, ob diese Behauptung richtig oder falsch sei, uneingeschränkt oder nur beschränkt zur Geltung komme usw<sup>30</sup>. In dieser Hinsicht ist es wohl gleichgültig, daß die Marxisten das Verhalten der Kapitalisten objektivieren, indem sie der Ansicht Ausdruck geben, das Verhalten der Kapitalisten widerspiegele eigentlich das des Kapitals<sup>31</sup>.

Auch das spricht für die Anerkennung der Bedeutung der psychologischen Gesichtspunkte, daß die Förderung der Wirtschaftlichkeit der Erzeugung, die Erfüllung und Übererfüllung der in den Volkswirtschaftsplänen der sozialistischen Länder vorgesehenen Planziele usw. zum Teil von pekuniären („materiellen“) Inzentiven, zum Teil aber

---

<sup>30</sup> Vgl. hierzu meine Arbeiten: „Der Unternehmungsgewinn“, a.a.O., sowie „Führen die Profitmaximierungsbestrebungen zu einem Ausgleich der Profitraten?“ Schmollers Jahrbuch 76. Jg. 1956, S. 531—563.

<sup>31</sup> Man pflegt wohl zuweilen darauf zu verweisen, daß die Marktkräfte — und zwischen diesen die des Wettbewerbs — die Kapitalisten dazu zwingen, die Maximierung ihres Profits anzustreben, da sie sonst im Konkurrenzkampf nicht bestehen könnten. Der Beweis dieser Behauptung läßt sich jedoch nicht erbringen, wenn es auch richtig ist, daß die Erzielung von zumindest einem minimalen Profit ein zwingendes Gebot für die Kapitalisten darstellt, da sie ohne einen solchen in absehbarer Zeit fallieren müßten.

von der Stärkung des proletarischen Selbstbewußtseins der Massen und der Einzelnen, der Leiter und der Geleiteten, zum Teil aber auch von der Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen der von der Leistung eines Einzelnen abhängigen Gesamtleistung der Volkswirtschaft und dem Wohlstand des Einzelnen erhofft wird. In allen diesen Fällen aber handelt es sich um, bzw. auch um psychologische, bzw. wirtschaftspsychologische Gesichtspunkte, so daß es nur eine Frage der Zeit sein kann, bis all diese auch im Hauptbau der marxistischen Volkswirtschaftslehre eine Unterkunft erhalten.

Daß hinsichtlich des Kapitalismus vor allem dem psychologischen Verhalten, den Bestrebungen der Kapitalisten, hinsichtlich des Sozialismus aber denen der werktätigen Massen Bedeutung beigemessen wird, bedeutet keinen Unterschied in der prinzipiellen Betrachtungsweise, sondern stellt nur eine notwendige und natürliche Zurkenntnisnahme des Unterschieds im Aufbau der beiden Wirtschaftssysteme dar.

Auch das Interesse an der Verwendung von mathematischen Methoden hat im Rahmen der marxistischen Volkswirtschaftslehre einen starken Aufschwung genommen.

*Njemtschinow*<sup>32</sup> betont z. B. ausdrücklich, daß viele Wirtschaftsfragen, so z. B. die planmäßige (proportionale) Entwicklung der Volkswirtschaft, die Verteilung gemäß der Arbeit, das Wertgesetz usw. „ohne eine einen theoretischen Charakter besitzenden Analyse der quantitativen Seiten der volkswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten wissenschaftlich nicht erforscht werden können“. *Nur vermittelt einer theoretisch-quantitativen Analyse könne die Wirtschaftswissenschaft unter den Bedingungen des Sozialismus zu einer exakten Wissenschaft werden*, wobei man aber natürlich auch die qualitativen Besonderheiten der sozialistischen Wirtschaft kennen müsse. *Njemtschinow* betont in diesem Belange, daß man auch der Nützlichkeit der Econometrik Tribut zu zollen habe. Die Bedeutung, die er den Anwendungsmöglichkeiten der Econometrik in der Volkswirtschaftsplanung zuerkennt, kommt auch schon darin zum Ausdruck, daß er hierfür den Ausdruck „Planmetrik“ geprägt hat. Aus all diesem folgt natürlich, daß neuerdings auch die Kibernetik in der Sowjetunion mit viel Eifer betrieben wird.

Typisch für die neueren Ansichten der marxistischen Volkswirte über diese Methoden ist ein Ausspruch von *Njemtschinow*: „Bekanntlich pflegt man die Mathematik mit einem Mahlstein zu vergleichen.

<sup>32</sup> W. W. *Njemtschinow*: „Die Anwendung der mathematischen Verfahren in der Wirtschaftsforschung und in der Volkswirtschaftsplanung“ (russisch), *Woprosü Ekonomiki* 1960, No. 6.



Falls wir nur Hintergetreide zwischen die Mahlsteine geben, so können wir kein Weizenmehl erhalten, doch können wir auch aus Weizenkörnern nur mit Hilfe der Mahlsteine brauchbares Mehl gewinnen<sup>33</sup>.“

Das Einverständnis hinsichtlich der Bedeutung der mathematischen Methoden scheint zwischen den marxistischen Volkswirten heute bereits eindeutiger als zwischen den nicht-marxistischen zu sein<sup>34</sup>.

Selbst marxistische Volkswirte, die hinsichtlich der Nützlichkeit der mathematischen Methoden etwas zurückhaltender Auffassung sind<sup>35</sup>, heben nur hervor, diese Verfahren ließen sich oft deshalb nicht gut verwenden, weil viele Daten, auf die sich die mathematischen Ableitungen zu gründen hätten, nicht beschaffbar seien. *Katz* meint z. B., daß man vor einer praktischen Berücksichtigung der *Grenzkosten*, für die sich *Kantorowitsch* und *Nowoschilow* einsetzen, das günstigste Verhältnis der persönlichen und der gesellschaftlichen Bedürfnisse, ferner jenes dieser Bedürfnisse und der Akkumulation kennen müßte, doch stünden hierauf bezüglich — und auch manche andere — Daten zahlenmäßig nicht zur Verfügung.

Für die Anwendung der Mathematik spricht, daß an vielen Hochschulen der marxistischen Volkswirtschaftslehre während der letzten Jahre eigene Fakultäten oder Lehrgänge zur Ausbildung von in den mathematischen Verfahren geschulten Volkswirten organisiert wurden, so z. B. auch an der nach Karl Marx benannten Budapester Universität der Wirtschaftswissenschaften, in besonders großer Zahl aber in der Sowjetunion. Man befaßt sich eingehend theoretisch mit der Frage der wirtschaftlichen Entscheidungen, einer Frage also, der im Sozialismus

<sup>33</sup> W. S. *Njemschinow*: „Die Anwendung der mathematischen Methoden in der Wirtschaftsforschung“, erschienen im gleich betitelten Sammelband, a.a.O., S. 7. — Die Veröffentlichung dieses Bandes, der einen Umfang von rund 500 Seiten besitzt, die Aufsätze von acht sowjetischen Volkswirten beinhaltet und von der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion herausgegeben wurde, ist an und für sich ein sprechendes Zeugnis der Wandlung der Auffassungen von der Anwendbarkeit der mathematischen Methoden in der Wirtschaftsanalyse, besonders wenn man auch bedenkt, daß Professor *Njemschinow* Mitglied des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion und zugleich auch Präsident der Abteilung für Gesellschaftswissenschaften dieser Akademie ist.

<sup>34</sup> Man darf allerdings nicht verschweigen, daß es auch in Sowjet-Rußland Volkswirte gibt, die sich den mathematischen Methoden gegenüber ablehnend verhalten. Zu diesen gehört z. B. *Eugen Varga*, der gelegentlich eines in Budapest im Jahre 1959 gehaltenen Vortrages sogar die Behauptung wagte, die Anwendung von mathematischen Methoden in der Wirtschaftsforschung sei gleichbedeutend mit dem sogenannten Revisionismus bzw. führe zu diesem, wobei ja unter Revisionismus die Abkehr vom Marxismus zu verstehen ist. Dergleichen Ansichten begegnet man jedoch zwischen den marxistischen Volkswirten derzeit nur ausnahmsweise.

<sup>35</sup> Vgl. *A. Katz*: „Die Wirtschaftstheorie und die Anwendung der Mathematik in der Wirtschaftswissenschaft“ (russisch), *Woprosü Ekonomiki* 1960, No. 11, S. 92—103.

nicht nur theoretische, sondern auch große praktische Bedeutung zukommt. Bei der Behandlung dieser Frage kommen geschichtliche, soziologische, psychologische Gesichtspunkte neben der Sicherung der wirtschaftlichsten Lösung der gestellten Zielsetzungen gleicherweise zur Geltung. Die gesamte Lehre von der Operationsforschung („operational research“) wird hierbei auch nicht übergangen, ja selbst die Spieltheorie kommt gelegentlich zu ihrem Recht.

Bezüglich der Operationsforschung wird übrigens geradezu betont, deren Ratschläge ließen sich im Sozialismus besser als im Kapitalismus verwenden. Es ist z. B. bekannt, daß die Wirtschaftsforschung für verschiedene kapitalistische Länder neuerdings den Nachweis erbracht hat, die Unternehmungen kennten ihre Angebots-Kostenfunktionen nicht, so daß der gesamten Theorie der Grenzproduktivität als Wirklichkeitserklärung der Boden entzogen und sie zu einer normativen theoretischen Anweisung degradiert wurde. Die kapitalistischen Unternehmungen kennen eben nur ihre Durchschnittskosten, ihre Buchhaltungen können nur hierüber Voranschläge anfertigen und Ist-Zahlen ausweisen. Es ist wohl richtig, die Operationsforschung macht sich erbötig, die Angebots-Kostenfunktionen für einzelne Unternehmungen zu berechnen, damit diese ihre Geschäftsergebnisse optimieren können. Hierdurch erst kann die Grenz betrachtungsweise auf diesem Gebiet aus einer nur theoretischen zu einer tatsächlich Anwendung findenden Anschauungsweise werden. In den sozialistischen Ländern befaßt man sich nun derzeit mit der praktischen Adaptation dieser Gesichtspunkte in der Planung, um den Nutzeffekt der Ausnutzung der Produktionskräfte zu optimieren. (Die Grenz betrachtungsweise kommt übrigens auch bei der Untersuchung der Konsumentenentscheidungen zur Anwendung.)

Verständlicherweise begegnet die Einstoß-Ausstoß-Theorie und die lineare und nicht-lineare Programmierung bei den marxistischen Theoretikern und Wirtschaftspolitikern großem Interesse. Die Bedeutung der Lösung solcher Programmierungsaufgaben ist naheliegend, befindet sich doch im Sozialismus die gesamte Industrie in einer Hand und kann die Lösung dieser Aufgaben als gute Grundlage zur Wahl der optimalsten Möglichkeiten, also zur Hebung der Wirtschaftlichkeit beitragen.

In diesem Belange soll auch darauf verwiesen werden, daß die Methoden der linearen Programmierung aller Wahrscheinlichkeit nach in der Sowjetunion und etwas später in den kapitalistischen Ländern voneinander unabhängig entwickelt wurden. Der erste Ausarbeiter dieser Methode dürfte der Leningrader Professor *Kantorowitsch* gewesen sein, der dieses Verfahren zuerst in einem im

Mai 1939 gehaltenen Vortrag entwickelte und noch im gleichen Jahr in Buchform veröffentlichte<sup>36</sup>.

*Kantorowitsch* und seine Mitarbeiter haben die Methode anfänglich zur Lösung von verschiedenen Produktionsproblemen angewendet. Solche waren z. B. die optimale Aufteilung eines gegebenen Produktionsprogramms zwischen mehreren über verschiedene Kapazitäten verfügenden Werkzeugmaschinen, die Aufsägung von Rundholz zu Platten von gegebener Größe bei einer Minimalisierung des Abfalls usw. Dabei haben sie aber auch schon darauf verwiesen, daß sich die Methode auch zur Lösung der Frage der zweckmäßigsten Organisationsmaßnahmen sich meldenden Optimalisierungs-Aufgaben, z. B. zur Aufgabengut verwenden lasse. Derzeit wird diese Methode in der Sowjetunion in mehr ausgedehntem Maße angewendet und zwar sowohl in der Makro- als auch in der Mikroökonomik, also zum Teil zur Lösung von volkswirtschaftlichen Planungsaufgaben, wie z. B. solchen der Profilierung der Erzeugung zwischen Landesteilen und Unternehmungen usw., zum Teil aber zur Lösung von innerhalb von einzelnen Unternehmungen sich meldenden Optimalisierungs-Aufgaben z. B. zur Aufteilung der Ausführung von Aufträgen zwischen Maschineneinheiten usw. Der Kreis der Aufgaben, bei deren Lösung die Methode zur Anwendung gelangt, erweitert sich ständig.

*Kantorowitsch* benannte die Methode der linearen Programmierung als eine der „relevanten“ oder die „Lösung bietenden“ Koeffizienten. Heutzutage verweisen manche sowjetische Volkswirte — wohl nicht ganz zu Unrecht — darauf, daß die Benennung der Methode der linearen Programmierung, die in den westlichen Ländern aufgekommen ist, schon mit Rücksicht auf die Methoden der nicht-linearen Programmierungsverfahren keine sehr glückliche ist. Viele schlagen vor, man sollte eher von der Methode der „optimalen oder mathematischen Programmierung“ oder ganz allgemein von der der „optimalen Planung“ sprechen.

Die Versuche zu einer praktischen Anwendung der input-output Ausweise und Zusammenhänge dürften in den marxistischen Ländern weiter als in den kapitalistischen gediehen sein, vielleicht auch damit im Zusammenhang, daß die erste solche Zusammenstellung in Sowjet-Rußland Mitte der zwanziger Jahre im Rahmen der Wirtschaftsplanung ausgeführt wurde<sup>37</sup>. Schon in der Volkswirtschafts-Bilanz für

<sup>36</sup> L. W. *Kantorowitsch*: „Mathematische Methode der Organisation und der Planung der Produktion.“ Leningrad 1939 (russisch).

<sup>37</sup> Die erste input-output-Tabelle wurde im Werk „Die Volkswirtschafts-Bilanz der Sowjetunion im Jahre 1923—1924“, Publikationen des Statistischen Amtes der Sowjetunion, Band XXIX, Moskau 1926 (russisch), veröffentlicht. Ein Vorbericht des damaligen Leiters des Statistischen Amtes erschien bereits im vorangehenden Jahre.

das Jahr 1923/24 wurden die materiell-quantitativen Zusammenhänge zwischen den Produktionszweigen ausgewiesen.

Die zeitgenössische Kritik<sup>38</sup> äußerte sich hierüber wie folgt: „Prinzipiell neu in dieser Bilanz ist im Gegensatz zu den bisherigen, z. B. englischen und amerikanischen das, daß sie nicht nur die Erzeugung, sondern auch die Verteilung des Sozialproduktes in irgendeiner Form des *tableau économique* zu erfassen versucht.“

Als Fortführung des durch die input-output Bilanz verkörperten Gedankens kann eine Studie von M. *Barengolz*<sup>39</sup> gelten, die im Jahre 1928 erschien und sich allerdings nur auf die Industrie bezog. Diese beinhaltet die schachbrettartige Bilanz von 11 sowjetischen Industriezweigen und entwickelte bereits mit voller Klarheit auch den damals neuartigen Begriff der „Koeffizienten des inter-industriellen Aufwands“, die für die fraglichen 11 Industriezweige berechnet wurden.

Ich berufe mich auf alldies nicht, um die Verdienste von Professor W. *Leontief* zu schmälern, wenn ich mich — um eben die Wechselwirkungen zwischen östlicher und westlicher Wirtschaftsforschung zu beleuchten, — auch darauf berufen muß, daß *Leontief* eben Mitte der zwanziger Jahre Student an der Universität von Leningrad war und daß er in einer russischen Zeitschrift im Jahre 1925 eine Würdigung dieses Verfahrens veröffentlichte<sup>40</sup>. Und wenn es auch richtig ist, daß die *Leontiefsche* Methode den von der allerersten sowjetischen Volkswirtschafts-Bilanz angewendeten Gesichtspunkten nahesteht, so werden seine Verdienste auch von den sowjetischen Wissenschaftlern voll anerkannt. *Njemtschinow* äußerte sich z. B. über diese wie folgt: „Das Verdienst von W. *Leontief* besteht darin, daß er 1. als erster die Tabellen der Produktions-Bilanz und der Verteilung des Sozialprodukts bzw. des Volkseinkommens kombiniert, 2. die Zahl der Wirtschaftszweige stark (auf 41)<sup>41</sup> erhöht und 3. als erster eine mathematische Interpretation der Bilanz gegeben hat, indem er jene Gleichungen der Ein- und Ausstoß ausarbeitete, auf welche schon seinerzeit in den Arbeiten von *Walras* und *Dmitrijew* Hinweise zu finden waren<sup>42</sup>.“

<sup>38</sup> Planowoje Hosjajstwa, 1925, No. 12, S. 254.

<sup>39</sup> Planowoje Hosjajstwa, 1928, No. 7, S. 329 ff.

<sup>40</sup> Eine Photokopie dieses Aufsatzes wurde Professor *Leontief* anlässlich seines Moskauer Aufenthaltes im Jahre 1960 von seinen russischen Kollegen als Geschenk überreicht.

<sup>41</sup> Und später natürlich noch weiter!

<sup>42</sup> W. S. *Njemtschinow*, a.a.O., S. 18. — Das Zitat nimmt Bezug auf folgende beiden Werke: L. *Walras*: „Elements d'économie politique pure ou théorie de la richesse sociale“, Paris 1874, und W. K. *Dmitrijew*: „Volkswirtschaftliche Skizzen“ (russisch), Sankt-Petersburg 1904. *Dmitrijew* hat ein makroökonomisch-mathematisches Gleichungssystem ausgearbeitet, das mit dem *Walrasschen* nicht übereinstimmt. *Dmitrijew* war eigentlich kein Marxist: sein Bestreben richtete sich darauf, die marxistische Anschauungsweise mit der der Grenznutzenschule in Einklang zu bringen, so wie das seinerzeit außer ihm auch andere russische Volks-

Vielleicht ist es nicht uninteressant, darauf zu verweisen, daß als das dem Wesen nach zuerst in der Sowjetunion entwickelte und angewandte Verfahren hernach in seiner im Westen weiterentwickelten Form unter der neuen Bezeichnung „input-output Analyse“ und ohne Bezugnahme auf die früheren russischen Arbeiten nach der Sowjetunion zurückwanderte, es dort zuerst scharf abgewiesen wurde<sup>43</sup>. Dies hing damit zusammen, daß die Anwendung der Methode während der dreißiger Jahre vom Statistischen Amt der Sowjetunion aufgegeben wurde und das Verfahren daher in Vergessenheit geriet, ferner damit, daß man in der Sowjetunion bis vor einigen Jahren den Methoden der westlichen Wirtschaftsforschung ein prinzipielles Mißtrauen entgegenbrachte, die noch zu zitierenden, hiervon abratenden Worte von *Lenin* unberücksichtigend lassend.

Heutzutage — seit 1959 — wird jedoch die input-output Methode sowohl in der Sowjetunion, als auch in den Volksdemokratien ganz allgemein, ja vielleicht mit noch größerem Nutzen als im Westen angewendet. Dies hängt zum Teil mit der besser ausgebildeten laufenden Statistik zusammen, die es z. B. in Ungarn ermöglicht, eine  $47 \times 47$  Rubriken und Spalten besitzende input-output Tabelle innerhalb eines Jahres vom Ende des Berichtsjahres aus berechnet zusammenzustellen<sup>44</sup>, zum Teil aber wohl damit, daß sich in der Volkswirtschaftsplanung auf input-output Berechnungen gründende Überlegungen gut verwenden lassen. Schachbrettartige, den input-output Zusammenstellungen entsprechende Tabellen werden derzeit in der Sowjetunion für die verschiedensten Belange und nicht nur zur Darstellung der zwischen den Wirtschaftszweigen auf gesamt-volkswirtschaftlicher Grundlage bestehenden Verflechtungen, also zur Anfertigung von eigentlichen input-output Tabellen angewendet. Ähnliche Zusammenstellungen mit großen Unterteilungen werden aber auch für einzelne solche Industriezweige, ja sogar für einzelne Unternehmungen angefertigt, die vielerlei Produkte verwenden bzw. herstellen. Man versucht ferner die zwischen den verschiedenen Regionen der Sowjetunion bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen ebenfalls vielfach gegliedert schachbrettartig darzustellen. Besonders interessant erscheint der Versuch, die Quellen und Verwendungen der fixen und umlaufenden Mittel sowohl hinsichtlich der Bestände als auch des jähr-

---

wirte versuchten (z. B. *Gelesnoff*, dessen Lehrbuch auch in deutscher Übersetzung veröffentlicht wurde). Immerhin versuchte aber Dmitrijew *Tugan-Baranowski* gegenüber, der diese Möglichkeit in Abrede stellte, den gesamten Arbeitsaufwand der Volkswirtschaft und dessen Zusammenhänge auf Grund des Reproduktionsprozesses in einem Gleichungssystem zum Ausdruck zu bringen.

<sup>43</sup> W. S. *Njemschinow*, a.a.O., S. 8.

<sup>44</sup> Vgl. Die Bilanz der Wirtschaftszweig-Verflechtungen im Jahr 1957, Ungarisches Statistisches Jahrbuch 1958, Budapest 1960, S. 375—387.

lichen Zuwachses auf die nämliche Weise, also in der Form von Einstoß-Ausstoß Tabellen auszuweisen.

Alldies soll in der Volkswirtschaftsplanung Verwendung finden, wobei man sich aber auch damit abmüht, das mathematische Modell der Sowjet-Volkswirtschaft zu konstruieren.

Ich möchte auch z. B. darauf verweisen, daß in Ungarn am 1. Januar 1959 ein neues System der Produzentenpreise in Kraft getreten ist. Bei der Vorbereitung dieses Systems, bei dem ja auch das Gleichgewicht der volkswirtschaftlichen Geldrechnungen und der in Geldwerten ausgedrückten volkswirtschaftlichen Bilanzen zu sichern war, wurden sich auf das input-output System gründende Berechnungen ausgeführt, um die sich fortpflanzenden und rückwirkenden Folgen der Abänderung der grundlegenden Rohstoff- und Energieträgerpreise abmessen zu können.

Die Anwendung dieses Verfahrens ermöglichte die Sicherung des sog. „Null-Saldos“, das also, daß der Staat infolge der Preisänderungen keinen Verlust erleide, an diesem aber auch per Saldo keinen Gewinn erziele.

Zu erwähnen ist auch, daß man in Ungarn für Zwecke der Preisplanung auch eine  $400 \times 400$  Spalten bzw. Rubriken beinhaltende Matrix angefertigt hat, mit deren mathematischer Aufarbeitung man sich derzeit (im Frühjahr 1961) abmüht.

Für die Annäherung der marxistischen und der nicht-marxistischen Volkswirtschaftstheorie spricht übrigens auch, daß Oskar Lange den Nachweis erbracht hat, das input-output Schema ließe sich weitgehend mit der Marxschen Reproduktionstheorie vereinbaren<sup>45</sup>.

Als aufzuwerfende Frage möchte ich allerdings darauf verweisen, daß es vorerst ungeklärt ist, ob die Extrapolationen der aus den input-output Tabellen ableitbaren Zusammenhänge nicht zu Verzerrungen führen, wenn die quantitative und technische Entwicklung sehr schnell und sowohl im Zeitverlauf als auch hinsichtlich der verschiedenen Produktgruppen von sehr unterschiedlichem Tempo ist.

Der Unterschied in der wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtungsweise von Marxismus und Nicht-Marxismus hat sich auch in anderen Beziehungen verengt, so z. B. auch auf dem Gebiet der Behandlung der Probleme der Einkommensverteilung. Der Nicht-Marxismus anerkennt heute wohl ganz allgemein und mit eindringlicher Deutlichkeit den Umstand, daß die Tatsachen der sozialen Machtverhältnisse die Einkommensverteilung — wenn auch über den Umweg einer Beeinflussung der Angebots- und Nachfragebedingungen der sogenannten Produktionsfaktoren — weitgehend beeinflussen, wobei heute das In-

<sup>45</sup> Vgl. die Abhandlung von Oskar Lange in der Sankhya. Band 17, 4. Teil, Februar 1957.

teresse nicht nur der sogenannten funktionellen, sondern in eben diesem Maße auch der personellen Verteilung gilt. Ja es gibt zwischen den Nicht-Marxisten — ich beziehe mich z. B. auf Otto Conrad<sup>46</sup> und Erich Preiser<sup>47</sup> — auch solche Ansätze, die anerkennen, für eine vollständige Theorie der Einkommensverteilung gäbe es nur einen einzigen Produktionsfaktor, nämlich die Arbeit, während die anderen sogenannten Produktionsfaktoren lediglich Produktionsmittel darstellten, was der marxistischen Auffassung voll entspricht. Die Höhen der den Besitzern der Produktionsmittel zukommenden Preis- oder Leiherrlöse bildeten daher eigentlich Probleme der Preisbildung. Daß aber die Bestimmungsgründe der Preisbildung und der Leihgebühren, d. h. also der Preise der Kapitalgüter und des Bodens, sowie die Höhe der jährlichen Aneignung eines Teiles der Neuwertschaffung des einzigen Produktionsfaktors durch die Besitzer von Kapital und Boden ein erklärungsbedürftiges Problem darstellen, dürften auch die Marxisten anerkennen, wobei sie wohl mit den Ansichten der Nicht-Marxisten auch darin übereinstimmen dürften, daß „für die Höhe des Einkommens die Funktion des betreffenden Produktionsfaktors nur deshalb maßgebend sei, weil eine bestimmte Marktform bestehe“<sup>48</sup>, ferner daß die Verteilungstheorie zum Teil „unter Abstraktion von allen soziologischen Daten die Ertragsaufteilung auf Produktionsfaktoren allein unter dem Gesichtspunkt der Abhängigkeit des Ertrages von der Mitwirkung dieser Faktoren betrachtet“, zum Teil aber „die Mechanik der Einkommensverteilung zwischen Personen untersucht und dabei natürlich alle Momente zu berücksichtigen hat, die auf die Preisbildung der von diesen Personen angebotenen Dienste und Nutzungen Einfluß haben“<sup>49</sup>.

Diesen Feststellungen sind allerdings drei Bemerkungen beizufügen. Der Marxismus anerkennt die Theorie von den Produktionsfaktoren bekanntlicherweise nicht. Ich habe mich auf diese an dieser Stelle denn auch nur des Zitats wegen bezogen, wobei dieses aus der Feder des Professors Preiser stammt, der — wie soeben ausgeführt — die sogenannten Produktionsfaktoren Boden und Kapital ja ebenfalls lediglich als Produktionsmittel gelten lassen will. Dabei muß aber in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf verwiesen werden, daß in einem der Mittelpunkte der heutigen marxistischen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionen eben die Frage nach der

<sup>46</sup> Otto Conrad: „Der Mechanismus der Verkehrswirtschaft“, Jena 1934, und „Die Todsünde der Nationalökonomie“, Leipzig und Wien 1934.

<sup>47</sup> Erich Preiser: „Besitz und Macht in der Distributionstheorie“, zuerst erschienen 1948, neu abgedruckt in „Bildung und Verteilung des Volkseinkommens“, Göttingen 1957, S. 173 ff.

<sup>48</sup> Erich Preiser, a.a.O., S. 175.

<sup>49</sup> Erich Preiser, a.a.O., S. 175.

„Wirtschaftlichkeit (dem Nutzeffekt)“ der Investitionen und der vermittelt von Investitionen zu sichernden Erhöhung der Arbeitsproduktivität steht, ein Problem also, dessen Verwandtschaft mit dem Ertragsproblem wohl kaum in Abrede gestellt werden kann, da doch als Unterschied nur davon die Rede sein kann, daß sich das Ertragsproblem der Investitionen als Grundlage der funktionellen Verteilung für den das Privateigentum kennenden Kapitalismus stellt, während das mit dem Ertragsproblem übereinstimmende Problem des „Nutzeffektes der Investitionen“ im institutionellen Rahmen des Sozialismus behandelt wird, für das notwendigerweise andere Gesetze der Einkommensverteilung als für den Kapitalismus Geltung haben. Die Ähnlichkeit der Problemstellung ergibt sich daraus, daß man im Sozialismus — ohne Rücksicht auf die Gesichtspunkte der Einkommensverteilung — bei den Überlegungen über den Nutzeffekt der Investitionen den *Ertrag* der verschiedenartigen Aufwendungen berücksichtigen will, also eben jenen Gesichtspunkt, der gemäß der nicht-marxistischen Volkswirtschaftslehre Ausgangs- aber nicht letzter Bestimmungsgrund der Einkommensverteilung ist. Hierzu ist ergänzend darauf hinzuweisen, daß, wenn man den Ertrag einer jeden verschiedenartigen Aufwendung gesondert bestimmen will, man notwendigerweise zu einer Art der marginalen Betrachtungsweise gelangen muß. Manche neuere theoretische Untersuchungen marxistischer Volkswirte weisen denn auch in diese Richtung.

Auch darauf ist hinzuweisen, daß die Theorie von den Marktformen, die doch heute eine der am meisten beachteten Bestandteile der nicht-marxistischen Nationalökonomik bildet, eigentlich mit einer vollen Anerkennung der Veränderlichkeit der Wirtschaftsverfassung gleichbedeutend ist, wenn auch die nicht-marxistische Volkswirtschaftslehre den ökonomischen, soziologischen oder anderen Kausalgründen der auf dem Gebiete der Wirtschaftsverfassung eintretenden Veränderungen nicht oder nur beschränkt nachgeht. Die Aufdeckung dieser Kausalgründe steht aber bekanntlicherweise mit im Vordergrund der marxistischen Betrachtungsweise, ergänzt allerdings mit einem Hinweis auf die durch die Entwicklung der Produktionskräfte mit zwingender Notwendigkeit zustandekommenden Veränderungen der Marktformen, die sich unter Umständen — im Kommunismus nämlich — zu einer vollen Aufhebung der Markterscheinung selber fortentwickeln könnten.

Die dritte Bemerkung bezieht sich auf die unterschiedliche Beurteilung der wirtschaftlichen Effizienz von Kapitalismus und Sozialismus sowie auf die Zweckmäßigkeit der ihnen eigenen Lenkungssysteme, auf die durch diese erzielbaren Fortschritte der wirtschaftlichen, technischen und Wohlfahrtsentwicklung und schließlich auf



die Gerechtigkeit der sie charakterisierenden Einkommensverteilungssysteme<sup>50</sup>.

Demgegenüber gibt es Übereinstimmung zwischen Marxisten und Nicht-Marxisten hinsichtlich einer Reihe von wirtschaftspolitischen Fragen. So hat eben kürzlich, im März 1961, eine in Kiel unter Teilnahme von Volkswirten sowohl aus dem Westen als auch aus dem Osten abgehaltene Konferenz einstimmig der Ansicht Ausdruck gegeben, wonach jede Form einer Abrüstung einen Gewinn für die Volkswirtschaften und damit für die Bevölkerung aller Erdteile darstelle.

Ich verweise auf diese Resolution aus dem Grunde, weil die marxistischen Nationalökonomien noch bis vor wenigen Jahren der Auffassung waren, die Volkswirtschaften der kapitalistischen Länder würden im Falle eines Rückganges der Rüstungsausgaben zusammenbrechen bzw. einer Krise verfallen.

Alle meine Versuche, den Nachweis zu erbringen, daß sich die Gegensätze zwischen den marxistischen und nicht-marxistischen wirtschaftswissenschaftlichen Betrachtungsweisen zusehend verengt hätten, was zur Grundlage einer fruchtbaren Diskussion und Zusammenarbeit von marxistischen und nicht-marxistischen Volkswirten werden kann, beziehen sich selbstverständlich nicht auf diese zuletzt angeführten Probleme von grundlegender Bedeutung, deren Behandlung ich jedoch, im Bestreben, Gegensätze nicht zu schüren, sondern zu über-

---

<sup>50</sup> Ich berufe mich deshalb auf den Gesichtspunkt der Gerechtigkeit, weil — meiner Überzeugung nach — der Unterschied zwischen der marxistischen und der nicht-marxistischen Wertlehre, uneingedenk des Weiterbestehens eines scharfen Gegensatzes in ihren Formulierungen, sich hierzu — und zwar zugunsten der marxistischen Auffassung — zuspitzt. Wenn man nämlich den Ursachen der Preisgestaltung (der konkreten Höhe der Preise) der Waren nachgeht, so stellt es sich heraus, daß sich sowohl die marxistische als auch die nicht-marxistischen Lehren für ein Wirtschaftssystem mit uneingeschränktem Wettbewerb letzten Endes gleicherweise auf die durch die Betriebe ausgewiesenen (also unter Ausschaltung der von K. William Kapp, Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft, Tübingen-Zürich 1958, volkswirtschaftliche Kosten genannten) Produktionskosten beziehen, deren Größen aber mit Rücksicht auf die Produktionskostenfunktionen auch von der Gestaltung der Nachfrage beeinflußt werden, wobei zum Entstehen einer Gleichgewichtslage von Angebot und Nachfrage es auch zu einem Ausgleich der Profitraten kommen muß. Die nicht-marxistischen Einkommensverteilungstheorien aber kommen nur dann in Gegensatz zu dem Marxismus, falls sie apologetisch die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Verteilungssystems in Abrede stellen. Tun sie dies nicht, beschränken sie sich also „wertfrei“ auf den Nachweis der Entstehungsursachen der Größe der den verschiedenen funktionellen Einkommenszweigen zukommenden Warenpreisteile, so lassen sie sich mit der marxistischen Theorie ganz gut vereinen — welche meine Behauptung natürlich schon aus dem Grunde nicht als Stellungnahme hinsichtlich ihrer Richtigkeit aufgefaßt werden sollte, da sie ja nicht einheitlich sind, sondern manche tiefliegenden Unterschiede aufweisen. Daß aber diese meine Auffassung auch mit der derzeitigen marxistischen Theorie in schroffem — aber unbewiesenem — Gegensatz steht, brauche ich wohl nicht besonders zu betonen.

brücken, heute auch schon aus dem Grunde meiden möchte, weil doch der innere Aufbau sowohl des Kapitalismus als auch des Sozialismus sich ändert und ständig entwickelt.

Ich bin mir dessen völlig bewußt, daß der Kapitalismus von heute in mancher Beziehung von dem vor hundert oder auch nur von dem vor fünfzig oder dreißig Jahren bestandenen verschieden ist, ja, daß es auch Verschiedenheiten zwischen dem Kapitalismus in den verschiedenen Ländern gibt, wie denn auch der heutige Sozialismus in sehr vielen — wenn auch nicht in ihren grundlegenden — Belangen sich von dem vor zehn Jahren bestandenen abhebt.

Um mich auch noch auf eine weitere Annäherung zwischen den Anschauungen des Marxismus und des Nicht-Marxismus zu beziehen, möchte ich noch auf zwei weitere Gesichtspunkte verweisen. Der eine bezieht sich auf die Berücksichtigung der staatlichen Einnahmen in der Volkseinkommensberechnung. Da in den sozialistischen Staaten ein sehr beträchtlicher Teil der staatlichen Einnahmen unter dem Titel von Gewinnen und der sogenannten Umsatzsteuer entfallen, erwies es sich als notwendig, zu den originalen Einkommenszweigen, die also auf der primären Verteilung der aus den Produktionserlösen stammenden Anteile des Volkseinkommens fußen, auch den Anteil des Staatshaushaltes hinzuzählen, da dieser vor der Bestimmung des Reingewinns der Unternehmungen abzuführen ist. In der älteren marxistischen Literatur fehlt dieser Gesichtspunkt. Demgegenüber hat der Franzose Maurice Block schon im vorigen Jahrhundert die Steuer als sozusagen öffentlich-rechtliche Rente der Gemeinschaft<sup>51</sup> als fünften originalen Einkommenszweig neben die vier herkömmlichen gestellt, wobei es ja wiederum ein wichtiges, aber anders geartetes Problem ist, ob nun behauptet wird, dieser Einkommenszweig sei ganz oder teilweise der Gegenwert von produktiven Diensten, oder ob der Nachweis geführt wird, dieser sei ebenfalls Teil des „Mehrwertes“, wobei natürlich — den Ausführungen von Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms folgend — für den Sozialismus stets uneingeschränkt nachgewiesen wird, daß all diese staatlichen Aufwendungen, wenn auch — mit Rücksicht auf die marxistische Definition des Wortes „produktiv“ — nicht produktiv, so doch gesellschaftlich notwendig und nützlich seien, wie denn auch die Erscheinung der „Ausbeutung“ im Sozialismus nicht vorkommt.

<sup>51</sup> Vgl. Maurice Block: „Les progrès de la science économique depuis Adam Smith“, zweite Auflage, II. Band, Paris 1897, S. 407—485, aber in ähnlichem Sinne auch Charles Gide: „Cours d'Économie Politique“, Paris 1909. Die Bezeichnung „Rente der Gemeinschaft“ für die Steuer als fünften originalen Einkommenszweig stammt von Karl Balás: „A jövedelemeloszlás főágai a kapitalizmus korában“ („Die Hauptzweige der Einkommensverteilung im Zeitalter des Kapitalismus“), Budapest 1913, S. 435—476.

Das berührte Problem schließt sich eng an das Problem der Beurteilung der Dienstleistungen an. Bekanntlicherweise vertritt der Marxismus im allgemeinen die Auffassung, nur die im Interesse der Herstellung von materiellen Gütern aufgewendete Arbeit könne als produktiv gelten, die Dienstleistungen seien also nicht hierher zu rechnen. Ich möchte diese Auffassung bei dieser Gelegenheit nicht kritisieren und mich auch über ihre Folgen und Weiterungen nicht auslassen. Doch möchte ich nachdrücklichst darauf verweisen, daß es — von denen der Staatshaushaltsorgane abgesehen — selbstverständlich zweiartige Dienstleistungen gibt: solche, die von den Produktionsbetrieben und solche, die von der Bevölkerung in Anspruch genommen werden. Ob die ersteren als zu Lasten des „Mehrwertes“ verrechnet oder als produktive Beiträge der Produktion zu betrachten seien, dürfte auch für Marxisten gar nicht so leicht zu entscheiden sein, da doch zu beurteilen wäre, welche dieser Dienste, z. B. gewisse juristische Dienstleistungen nur als Folge des kapitalistischen Systems erforderlich werden. Trotzdem dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß auch diese aus den Produktionserlösen unmittelbar bezahlt werden, also im Verlauf des Entstehens der ursprünglichen Einkommensarten sich abzweigen.

Es verhält sich anders hinsichtlich der den Verbrauchern angebotenen und von diesen unmittelbar in Anspruch genommenen Dienstleistungen. Diese sind es, deren Berücksichtigung in den Volkseinkommensberechnungen der Nicht-Marxisten einen beachtlichen Unterschied gegenüber den ähnlichen Berechnungen der Marxisten verursacht. Doch kann neben der Betonung dieses Unterschiedes darauf verwiesen werden, daß die sozialistischen Planwirtschaften neuerdings auch diesen Dienstleistungen weitgehendes Interesse entgegenbringen. Sie werden in den makroökonomischen Bilanzen der Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung — die einen Teil des volkswirtschaftlichen Bilanzsystems darstellen — berücksichtigt, man gedenkt ihrer bei der Berechnung der Einkommenselastizitäten der Nachfrage nach materiellen Gütern und Dienstleistungen, man mißt ihnen Bedeutung bei der Bestimmung des Wohlstandsniveaus der Bevölkerung, des Niveaus der Lebenshaltung bei, man plant sie genau so wie die gesamte materielle Warenproduktion und befaßt sich mit den Gesichtspunkten der zweckmäßigsten Bestimmung ihrer Preise, ferner mit den Problemen der seitens ihrer Anbieter (z. B. staatliche Dienstleistungsbetriebe, zum Teil Angehörige des sogenannten Privatsektors) dem Staate abzuführenden Steuern, die doch der Anschauung über einen bei ihrer Bereitstellung und Inanspruchnahme entstehenden und für Staatszwecke abzuzweigenden „Mehrwertes“ sehr nahekommt.

Auf diesem Gebiete haben übrigens die sozialistischen Länder auf Grund eines im Jahre 1959 abgeschlossenen zwischenstaatlichen Übereinkommens ihren statistischen Ämtern die Weisung erteilt, in Zukunft verschiedene solche Dienstleistungen (z. B. die gesamte Personenbeförderung, die Post, den Telefon- und Telegrammverkehr, die Wäschereien, die Putzanstalten usw.), die sie früher unberücksichtigt ließen, bei der Berechnung des Volkseinkommens mit positivem Vorzeichen zu berücksichtigen<sup>52</sup>.

Ich möchte noch bemerken, daß manche marxistische Volkswirte vielleicht noch weitergehen, als es die Nicht-Marxisten tun, wenn sie — begründeterweise — darauf verweisen, daß bei der Beurteilung des Lebenshaltungsniveaus neben den für das Einkommen erwerb- baren materiellen Gütern und Dienstleistungen, ferner neben den unentgeltlich zur Verfügung stehenden, einen Geldwert besitzenden *fringe benefits* die Verbraucher auch noch eine Reihe von in Geldwerten nicht ausdrückbaren Umständen werten: Freiheit, Sicherheit, das Vorhandensein oder das Fehlen der Angst vor Arbeitslosigkeit, die Möglichkeiten ihrer politischen und gesellschaftlichen Geltung, die diesartige Gleichheit, die Chancen der Bildungsaneignung und des Vorwärtkommens ihrer Kinder usw. — lauter Umstände, die die nicht-marxistische Literatur zum Teil gar nicht, zum Teil aber vorerst nur als die Attitüden der Verbraucher als Käufer beeinflussende Faktoren berücksichtigt. In dieser Hinsicht gehen also die bzw. zumindest manche Marxisten auf dem Gebiet der Berücksichtigung von psychologischen Gesichtspunkten weiter als die Nicht-Marxisten.

Bei den vielen Übereinstimmungen, die sich allmählich zwischen der marxistischen und der nicht-marxistischen Nationalökonomik entwickelt haben, ist es überraschend, daß die Marxisten vorerst von den Lehren der *Welfare Economics* noch kaum Kenntnis genommen haben, obzwar diese solchen makroökonomischen Auffassungen Ausdruck geben, die sich — meiner Meinung nach — mit dem Marxismus gut vereinbaren und sich auch als Grundlage einer Weiterentwicklung dieser Lehre gut verwenden ließen. Ich bin aber davon überzeugt, daß der Marxismus von diesen Lehren in einer nicht allzu ferne liegenden Zukunft Kenntnis nehmen wird.

Aus diesen Andeutungen dürfte hervorgehen, daß, wenn auch der für den Begriff des Volkseinkommens einerseits von den Marxisten und andererseits von den Nicht-Marxisten angegebene Inhalt miteinander nicht übereinstimmt, die tatsächlichen und nicht nur terminologischen Unterschiede doch zusehends abgenommen haben. Dies hängt damit zusammen, daß man sich hier wie dort nicht mehr mit einer

<sup>52</sup> Vgl. hierzu das Ungarische Statistische Jahrbuch für das Jahr 1959, Budapest 1960, S. 386.

einzigsten Datenreihe begnügt, sondern ein ganzes System von sich auf die Wirtschaftskraft und den Wohlstandsstand der verschiedenen Länder beziehenden Datenreihen berechnet<sup>53</sup> und daß die Technik der Volkseinkommensberechnungen bereits hier wie dort so weit gediehen ist, daß die Ergebnisse der auf die eine Art ausgeführten ohne größere Schwierigkeiten auf solche des abweichenden Volkseinkommensbegriffes umgerechnet werden können<sup>54</sup>.

Bevor ich nun mit meinen Ausführungen weitergehe, will ich hier ein Geständnis einschalten. All meine Behauptungen hinsichtlich der Annäherung der in der marxistischen und in der nicht-marxistischen Wirtschaftsforschung zur Anwendung gelangenden Gesichtspunkte lassen sich mit Zitaten aus den Werken von berühmten, großes Ansehen genießenden sowjetischen Volkswirten belegen. Hierbei ist es allerdings richtig, daß es mir zumindest betreffs eines Teils dieser Behauptungen auch möglich gewesen wäre, Zitate anzuführen, deren Sinn genau der entgegengesetzte ist. Ich möchte aber hieraus zwei Folgerungen ziehen. Zum ersten: in der Sowjetunion werden freimütige Debatten über die grundlegendsten Probleme unserer Wissenschaft geführt. Zum anderen: die Entwicklung schreitet in der Weise fort, daß man annehmen darf, die Ansichten, deren Bekanntheit ich ihnen vermittelt habe, würden nach und nach zum Gemeingut der marxistischen Schule werden.

All dies geht allerdings zuweilen in etwas verkappter Form vor sich. Zum Beweis hiervon gestatten Sie mir, daß ich Ihnen ein Zitat vorlese. *Konius* schreibt in einer den Problemen des Verbrauchs gewidmeten Abhandlung, die in einem von der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion herausgegebenen Sammelband erschien, wie folgt: „Man muß annehmen, daß wenn den Verbrauchern die Möglichkeit einer freien Wahl zwischen den Verbrauchsgütern offen steht (diese also ‚nicht normiert‘ sind“ — worunter ihre Abgabe gemäß eines Bezugskartensystems zu verstehen ist! *St. V.*) — „die Verbraucher bei gegebenen Preisen und einer gegebenen Größe der durch sie auslegbaren Geldbeträge eine solche Warensammlung wählen werden, die für sie den größten Gebrauchswert repräsentiert“ (im Original nicht gesperrt)<sup>54a</sup>.

<sup>53</sup> Auf die Notwendigkeit hiervon habe ich wohl als einer der ersten bereits in meinem Buch „The National Income of Hungary“ (in Verbindung mit *M. Matolcsy*), London 1938, hingewiesen und dergleichen Berechnungen auch ausgeführt.

<sup>54</sup> Mit der Methodik der Lösung dieses Problems befassen sich übrigens neuerdings auch internationale Konferenzen von Statistikern.

<sup>54a</sup> Vgl. Anmerkung 25.

*Gossen* wird hierbei nicht erwähnt, von einem Grenznutzen und deren Ausgleich ist ebenfalls keine Rede, trotzdem entspricht jedoch die zitierte Formulierung — meiner Ansicht nach — voll dem sogenannten II. Gossenschen Gesetz.

## II. Aufgaben der Wirtschaftsforschung

Eine Reihe der angeführten Annäherungspunkte der marxistischen und nicht-marxistischen Wirtschaftsforschung hängt — wie aus meinen Ausführungen wohl hervorgegangen sein dürfte — mit der Notwendigkeit der Lösung von auftretenden Wirtschaftsproblemen zusammen, mit denen sich die marxistischen und die nicht-marxistischen Volkswirte abzumühen haben. Dies ist nicht weiter verwunderlich.

Es gilt als alte Feststellung, daß die Probleme der Nationalökonomik keine abstrakten sind, sondern auf der von den verschiedensten Umständen beeinflußten und sich im Zeitverlauf wandelnden Wirklichkeit fußen. Manche, die volkswirtschaftliche Theorien mit den zu ihrer Entstehung führenden wirtschaftshistorischen Hintergründen und den diesen eigenen Problemen beschreibenden Dogmenhistoriker haben hierauf verschiedentlich hingewiesen und dargestellt, wie abweichende Problematiken nicht nur die Ausgangspunkte verschoben, sondern auch die Annahmen und Ableitungen gefärbt und zur Ablehnung älterer und zum Aufkommen neuerer Theorien geführt haben.

Dies hängt mit dem auf Tatsachen fußenden, mit dem den metaphysischen Betrachtungsweisen abholden Charakter unserer Wissenschaft zusammen. *W. Steward* führt richtigerweise aus: „Wir Nationalökonomien müssen ein für allemal festhalten, daß wir die Diener und nicht die Herren der Männer der Praxis sind. Wenn wir uns diese Stellung nicht stets vor Augen halten, so wird der Unfug, den wir fabrizieren, lediglich eine positive Funktion unserer Weltfremdheit und des Grades unserer beruflichen Eitelkeit und Arroganz sein“<sup>55</sup>.

Ein Mephistopheles in den Mund gegebener, geistreicher Spruch von *Goethe* drängt sich hierbei den mit diesem bekannten Volkswirten auf:

Ein Kerl, der spekuliert,  
Ist wie ein Tier auf dürrer Heide  
Von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt —  
Und ringsumher liegt schöne grüne Weide.

(*Faust I. Teil*)

<sup>55</sup> *W. Steward*: „Die praktische Verwendung der Mathematik bei Voraussagen“, in „Die Vorausberechnung des Absatzes“, Düsseldorf 1959, zitiert nach *Francesco Kneschaurek*: „Möglichkeiten und Grenzen der langfristigen Wirtschaftsprognose“, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 96. Jg., Nr. 4, Dezember 1960, S. 400, Anm. 2.

Allerdings hat die Nationalökonomik stets mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß manche der Zeitprobleme auf ihre praktische Lösung drängen und nicht darauf harren können, bis sie von den Theoretikern erkannt und der Lösung nähergebracht werden. Der Doyen der sowjetischen Volkswirte, *Strumilin*, der sich auch durch seinen Mut zur Originalität auszeichnet, hat geistreicherweise darauf verwiesen, daß das System des Sozialismus in Rußland viel früher zur praktischen Wirklichkeit wurde, als das erste die politische Ökonomie des Sozialismus behandelnde Lehrbuch veröffentlicht werden konnte<sup>56</sup>.

Ich selbst habe gelegentlich darauf verwiesen, die sozialistischen Länder betrieben seit langem eine gesunde und richtige Geldpolitik, während die von den marxistischen Volkswirten vorerst im allgemeinen vertretene Geldtheorie als eine unrichtige zu bezeichnen sei, von der — glücklicherweise — die Gestalter der Geldpolitik keine wie immer geartete Kenntnis nehmen<sup>57</sup>.

All dies hängt hüben wie drüben weitgehend damit zusammen, daß die Nationalökonomien, zwischen diesen aber vor allem die Verfasser der Lehrbücher, die Vergangenheit besser als den Alltag der Gegenwart kennen, ganz zu schweigen davon, daß die in den von den Größen unserer Wissenschaft verfaßten Lehrbüchern und Standardwerken niedergelegten Tatsachen lange Zeit sozusagen ohne Kritik von den Angehörigen der jüngeren Generationen übernommen werden. Es gibt daher zwar viele wirklichkeitsnahe Spezialuntersuchungen, die geeignet wären, die Grundlagen der älteren theoretischen Systeme zum Wanken zu bringen, es dauert jedoch überaus lange, bis ihre Feststellungen und Gesichtspunkte zum Gemeingut der Wissenschaft und in die Lehrbücher eingebaut werden, was vielfach erst zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo auch schon sie überholt sind.

Die Nationalökonomik hat es eben noch nicht so weit gebracht wie die Naturwissenschaften. Anfangs folgten auch diese der Schleppe der Praxis. Der Urmensch machte weit früher die Entdeckung der Technik des Feuerschlagens, als die Gesetze des Brennens nachgewiesen wurden und auch die Kenntnis der Gesetze der Mechanik ist jüngeren Ursprungs als die Anwendung der mechanischen Arbeit.

Auf dem Gebiete der Naturwissenschaften hat sich jedoch ein Umschwung vollzogen. Wenn die Versuche, die in der Praxis aufkommenden Neuerungen und Vereinfachungen, die technische Spielerei und der Zufall auch weiter eine Rolle im technologischen Fortschritt besitzen, so kann trotzdem behauptet werden, daß wir heute — im

---

<sup>56</sup> S. G. *Strumilin*: „Auf dem Wege zum Kommunismus.“ In russischer Sprache, Moskau 1959. Zitiert nach der ungarischen Übersetzung („A kommunizmus utján“). Budapest 1959, S. 7.

<sup>57</sup> Vgl. Stefan *Varga*: „Das Geld im Sozialismus.“ Weltwirtschaftliches Archiv Band 78, 1957, S. 223—290.

Gegensatz zu früher — die naturwissenschaftlichen Postulate oft vor ihrer praktischen Anwendung kennen. Dies ist der Fall z. B. auf dem Gebiete der Elektronik, in der Atomphysik und auch sonst, welche Feststellung sich recht gut mit der Tatsache vereinigen läßt, wonach diese Wissenschaften ihre Entwicklung weitgehend dem ihnen entgegengebrachten praktischen Interesse zu verdanken haben, das u. a. auch in einer ihnen gewährten großzügigen finanziellen Unterstützung Ausdruck fand.

In der Volkswirtschaftslehre haben wir diese zweite Entwicklungsstufe wohl noch kaum erreicht. Dies und die sich hieraus ergebenden Weiterungen sind für die in den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern betriebene Wirtschaftsforschung gleichermaßen charakteristisch und begründen zugleich manchen Unterschied in ihren Problematiken.

Die in den kapitalistischen Ländern betriebene Wirtschaftsforschung versucht die sich im Kapitalismus ergebenden Wirtschaftsabläufe zu verstehen. Denen der sozialistischen Länder bringt sie wenig Verständnis, ja sogar nur wenig theoretisches Interesse entgegen. Sie begnügt sich bestenfalls — von wenigen Ausnahmen abgesehen — mit einer Beschreibung des angewendeten Mechanismus und einer statistischen Wertung der sich auf die erzielten Ergebnisse beziehenden Angaben. Dies ist der Fall meist selbst in der Lehre von den Marktformen, wobei *Eucken*<sup>58</sup> und andere wohl als Ausnahmen zu gelten haben.

Die in den kapitalistischen Ländern veröffentlichten Lehrbücher sind ihrem Wesen nach Lehrbücher der kapitalistischen Wirtschaft, woraus man — ob begründeter- oder unbegründeterweise mag dahingestellt bleiben —, den Eindruck gewinnen kann, die Verfasser erachteten die eben bestehende kapitalistische Wirtschaftsweise als unabänderlich. Etwas überheblich halten sie es dem Anschein nach auch nicht für erforderlich oder möglich, aus den Erfahrungen des Sozialismus Lehren zu ziehen, obwohl ja zumindest für die Problematik der Wirtschaftslenkung und der Theorie der öffentlichen Ausgaben manche dieser Erfahrungen sich gewiß gut verwenden ließen. Überdies könnten — meiner Ansicht nach — die kapitalistischen Länder auch manche andere in den sozialistischen Ländern gesammelte Erfahrungen gut verwenden, so z. B. solche, die sich auf die Wirtschaftsplanung, die Sicherung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, die Profilierung der Erzeugung, die Bestimmung des Standorts der verschiedenartigen Erzeugungstätigkeiten usw. beziehen.

---

<sup>58</sup> Walter *Eucken*: „Die Grundlagen der Nationalökonomie.“ Zweite Auflage. Jena 1941.



Das Interesse der Marxisten ist weiter als das der Nicht-Marxisten gespannt. Die Marxisten versuchen — den Gesichtspunkten des historischen Materialismus entsprechend — auch den Mechanismus und die Problematik des Kapitalismus zu verstehen und theoretisch zu durchleuchten, zum Teil auch schon deshalb, um aus den Erfahrungen des Kapitalismus zu lernen. Auf die Möglichkeit, ja Notwendigkeit eines solchen Zunutzemachens der Erfahrungen des Kapitalismus durch den Sozialismus haben sowohl *Lenin*<sup>59</sup> als auch *Mikojan*<sup>60</sup> verschiedentlich verwiesen.

Neben der Erforschung der Wirtschaftsprobleme des Kapitalismus befaßt sich die in den sozialistischen Ländern betriebene Volkswirtschaftslehre immer eingehender mit den Problemen des sozialistischen Wirtschaftssystems. Dieses bildet ihre eigenste Aufgabe.

Hierbei hat sich eine Verschiebung in dem zur Anwendung gelangenden grundlegenden Gesichtspunkt vollzogen. Der Marxismus vertrat ursprünglich einen sozialkritischen Gesichtspunkt: sein Hauptzweck war, nachzuweisen, daß die Arbeiter, deren Interessenvertretung er übernahm, unter einer ungerechten Ausbeutung zu leiden hätten, die nur mit der Abschaffung des Kapitalismus selber aufgehoben werden kann. Die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft diene eben diesem Zweck. Dies dürfte mit ein Grund dafür gewesen sein, daß der Marxismus vielen für die kapitalistische Wirtschaft bedeutsamen Problemen und Gesichtspunkten nur wenig Interesse und

<sup>59</sup> *Lenin* führt aus: „Man darf *kein einziges Wort* einem Professor der Volkswirtschaftslehre glauben, wenn es sich um die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie handelt, obwohl sie auf dem Gebiet der speziellen Forschung der Tatsachen eine vorzügliche Arbeit zu leisten imstande sind. Die politische Ökonomie . . . bildet nämlich in der modernen Gesellschaft eine *Parteiwissenschaft* . . . Die Professoren der Volkswirtschaftslehre sind im großen ganzen nichts anderes als wissenschaftliche Gehilfen der Klasse der Kapitalisten . . . Es gehört zu den Aufgaben der Marxisten, die von diesen ‚Gehilfen‘ erzielten Resultate sich anzueignen und zu überarbeiten (auf dem Gebiete der Erforschung der neuen wirtschaftlichen Tatsachen z. B. vermögen wir keinen einzigen Schritt nach vorwärts zu tun, ohne die Arbeiten dieser Gehilfen zu studieren). Die Marxisten müssen lernen, die reaktionären Tendenzen dieser Studien zu beschneiden, sie müssen lernen, wie sie ihre eigene Linie zur Geltung bringen und die gesamte Linie der feindlichen Kräfte und Klassen bekämpfen können.“ Vgl. *W. I. Lenin: „Materialismus und Empirio-kritizismus“*, zuerst russisch erschienen im Jahre 1909. Zitiert nach der ungarischen Übersetzung Lenins Werke, 14. Band. Budapest 1954, S. 356. Allerdings haben die marxistischen Volkswirte diesen Rat Lenins lange Zeit unberücksichtigt gelassen. Seit vielleicht 1953 hat sich aber die Lage in dieser Beziehung vollkommen verändert. Seither begegnet die nicht-marxistische Literatur bereits reger Aufmerksamkeit seitens der marxistischen Volkswirte.

<sup>60</sup> *A. I. Mikojan* hat z. B. am 17. Oktober 1953 in einer Probleme des Sowjethandels behandelnden Rede ausgeführt: „Die Genossen sind zu verurteilen, die unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Liebdienerei dem Ausland gegenüber die ausländischen Erfahrungen außer acht lassen, sich für diese nicht interessieren, sie nicht studieren, jene dieser nicht übernehmen, die sie mit Nutzen anwenden könnten.“

Verständnis entgegenbrachte. Seine Beschränkung auf das Verständnis der Hintergründe der Ausbeutung und auf die Vorausdeutung der zu gewärtigenden Entwicklung genügte aber auch so, um die Arbeiter mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu vertrösten und um gleichzeitig ein großzügiges, wenn auch mit Rücksicht auf die beschriebenen Gesichtspunkte einseitiges Bild der kapitalistischen Wirtschaft zu entreißen.

Dadurch nun, daß der Marxismus zur grundlegenden Anschauungsweise eines in vielen großen Staaten der Erde zur Macht gelangten Wirtschaftssystems geworden ist, hat sich sein Aspekt grundlegend verschoben: jetzt kann er sich mit einer Kritik eines oder mehrerer Wirtschaftssysteme nicht begnügen, jetzt hat er den positiven Aufbau des Sozialismus auch, ja, vor allem hat er diesen zu fördern. Dies bestimmt nun die in den Vordergrund des Interesses der marxistischen Wirtschaftsforschung getretenen Probleme: diese beziehen sich fast ganz auf eine Untermauerung der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder bzw. des sozialistischen Wirtschaftssystems. Hiermit hängt es zusammen, daß die Untersuchung der quantitativen Zusammenhänge neben die der nur qualitativen Aspekte treten mußte: nur die Ergebnisse der ersteren lassen sich in der Wirtschaftspolitik praktisch anwenden.

Diese Wirtschaftspolitik aber kann in ihren Zielsetzungen wohl am besten als eine solche bezeichnet werden, die mit denen der Betriebswirtschaftspolitik der in kapitalistischer Umgebung entwickelten Wirtschaftswissenschaften verwandte Züge besitzt: während nämlich die Betriebswirtschaftspolitik als Zweig der Betriebswirtschaftslehre Anweisungen darüber zu geben trachtet, auf welche Weise die Rentabilität der Betriebe sich erhöhen, am optimalsten gestalten läßt, strebt die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder — selbstverständlich unter Zurkenntnisnahme von allgemein-politischen Exigenzen, die sich zum Teil auch auf die Probleme der Verteilung erstrecken — die möglichste Hebung der Erzeugung und ihrer Wirtschaftlichkeit an. Die marxistische Volkswirtschaftslehre aber stellt in den Mittelpunkt auch ihrer gesamten theoretischen Forschungen Untersuchungen und Betrachtungen, die sich zur besseren Fundierung dieser Wirtschaftspolitik eignen. Die Versuchung liegt nahe, zu behaupten, daß so wie die Betriebswirtschaftspolitik eigentlich den Hauptinhalt der Betriebswirtschaftslehre ausmacht, auch die Ökonomik des Sozialismus ihrem derzeitigen Hauptinhalt nach in einer wissenschaftlich fundierten Wirtschaftspolitik besteht, d. h. also, sie ist ihrem Wesen nach nicht deskriptiv, sondern preskriptiv.

Der Umfang der abstrakt-theoretischen, sich auf die sozialistische Wirtschaft beziehenden Probleme ist beschränkter als der hinsichtlich

des Kapitalismus<sup>61</sup>. Dies ist eine notwendige Folge des sozialistischen Wirtschaftssystems. Im Kapitalismus entwickelt sich manches wohl kausal notwendig, jedoch spontan. Da kann die Aufdeckung dieser spontan zustandekommenden Zusammenhänge und die Gestaltung ihrer Abläufe und Folgen auch schon den reinen Erkenntnissen zuliebe zum Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung werden.

Daher stellen sich für die die Erscheinungen des Kapitalismus zu beschreiben und zu erklären trachtende Wirtschaftsforschung eine Reihe von Problemen anders, als für die sich mit den sozialistischen Wirtschaftssystemen befassende. Für die erstere erscheinen die Preisbildung, die Einkommensverteilung, der Außenhandel, die Größe und die Zusammensetzung der Erzeugung usw. als sich spontan herausbildende Phänomene, deren gestaltende Kräfte aufzuzeigen sind. Im Sozialismus hingegen sind all diese Erscheinungen Ergebnisse von Entscheidungen der Planungsstellen. Diese zu *erklären*, könnte Gegenstand einer Lehre über den Hergang der Entstehung der wirtschaftlichen *Entscheidungen*<sup>61a</sup> sein, die aber vorerst noch in ihren Kinderschuhen steckt. Als Probleme stellen sich vorerst die Fragen nach ihren zweckdienlichsten Lösungen: diese Art der Problemstellung verleiht der sozialistischen Wirtschaftsforschung einen von dem der kapitalistischen theoretischen Wirtschaftsforschung grundlegend abweichenden Charakter.

Zwar gibt es auch im Sozialismus — besonders auf dem Gebiete des Verbrauchs, aber auch anderswo, z. B. auf dem Gebiete der Folgen der sogenannten pekuniären (materiellen) Inzentiven — spontane Abläufe, doch sind deren Ausmaße und Bedingungen unverhältnismäßig geringer als die der Spontanitäten im Kapitalismus. Die sozialistische Wirtschaft wickelt sich ihrem Wesen nach auf Grund von durch Menschen bestimmten Plänen ab. Die Ausführung dieser hat

<sup>61</sup> Selbstverständlich gibt es aber auch eine große Zahl von sich auf das sozialistische Wirtschaftssystem beziehenden abstrakt-theoretischen Problemen. Zu diesen gehören die besonderen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Wirtschaftssystems, die Gestaltung der Produktionsverhältnisse, die Zusammenhänge zwischen den Produktionskräften und den Produktionsverhältnissen, das Wesen des Wertes und des Mehrproduktes und hiermit im Zusammenhang der Begriff der „gesellschaftlich-notwendigen Arbeit“, die Prinzipien der Einkommensverteilung im Sozialismus, das Wesen des sozialistischen Geldes und der Möglichkeiten seiner Abschaffung, die Lehre von der Reproduktion, die Zusammenhänge der volkswirtschaftlichen Bilanzen und die notwendigen Folgen von Abänderungen einzelner ihrer Posten, einschließlich der Frage betreffs des durch die gegebene Wirtschaftsstruktur bestimmten verwirklichbaren Maßes des wirtschaftlichen Wachstums, der Inhalt und die Messung des Lebenshaltungsniveaus usw. Die moderne marxistische Literatur befaßt sich aber derzeit mit diesen Fragen in viel geringerem Umfang als mit den einer wirtschaftspolitischen Lösung harrenden Problemen.

<sup>61a</sup> Vgl. auch Gerard Gäfen: „Zur Theorie kollektiver Entscheidungen in der Wirtschaft. Eine Neuinterpretation der Welfare Economics.“ Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Band 173, Heft 1, 1961, S. 1—49.

natürlich sowohl notwendige Voraussetzungen als auch sich notwendigerweise einstellende fortpflanzende Folgen und die Ökonomik hat ihr Interesse auch diesen zuzuwenden. Die sich hieraus ergebende Problematik ist jedoch ganz verschieden von der, die sich für die kapitalistische Wirtschaft stellt und dies führt mit Notwendigkeit zu einer Ökonomik, die einen von der für den Kapitalismus geltenden abweichenden Charakter besitzt. Die Nationalökonomik des Sozialismus wird — um es wiederholt zu betonen — notwendigerweise ihrem Wesen nach zu einer wissenschaftlichen Fundierung der sozialistischen Wirtschaftspolitik. Hierbei steht sie größtenteils direkt oder indirekt im Dienste der Aufdeckung der Möglichkeiten einer maximalen Hebung der Effizienz, der Wirtschaftlichkeit des sozialistischen Wirtschaftssystems.

Alle wichtigen Probleme, um die sich die Diskussionen der in den sozialistischen Ländern wirkenden Volkswirte drehen, bezwecken die Ausarbeitung von dem angeführten Zweck dienenden Anweisungen<sup>62</sup>.

Es ist nur verständlich, daß sich die Nationalökonomik in den sozialistischen Ländern eingehend mit der umfassenden Problematik der Planwirtschaft und dem zweckmäßigsten Aufbau ihres Mechanismus<sup>63</sup> befaßt und daß sie Problemen der Arbeitslosigkeit, der Konjunkturschwankungen oder der Inflation als Erscheinungen der sozialistischen Wirtschaft kein Interesse entgegenbringt. Die Erscheinung der Arbeitslosigkeit ist ihr ja unbekannt, das Ausmaß des Beschäftigungsgrades aber Ergebnis der Planung. Die für den Kapitalismus kennzeichnenden Konjunkturschwankungen sind ebenfalls ausgeschlossen, wenn sich die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung als Folge der wechselnden Ernteergebnisse auch zyklisch schwankend entwickelt und dies gewisse Absatzzyklen hervorbringt. Diese haben jedoch im Sozialismus keine fortpflanzenden Wirkungen, ihre wirtschaftliche Bedeutung ist also gering, wenn es auch bedauerlich ist, daß die sozialistische Wirtschaftsforschung diese bislang ganz vernachlässigt hat.

<sup>62</sup> Maurice Dobb hat kürzlich (*La ripresa del dibattito economica in Urss, Politica ed Economia*, V. Jg. No. 1., Rom, Januar 1961, S. 20—28, ausgeführt, die volkswirtschaftlichen Diskussionen der letzten Jahre hätten in der Sowjetunion größtenteils folgende drei Problemkreise zum Mittelpunkt gehabt: 1. Wert und Preis, 2. die Wirtschaftlichkeit der Investitionen und 3. die Anwendungsberechtigung und die Anwendungsmöglichkeiten der mathematischen Methoden. In Ungarn gibt es überdies ein starkes Interesse auch für das Problem der Wirtschaftlichkeit des Außenhandels.

<sup>63</sup> Als überaus wichtige hierhergehörige Fragen gelten z. B. die Debatte über das zweckdienlichste Maß und System von Zentralisierung und Dezentralisierung der Wirtschaftslenkung, über die Art der den unteren Stellen (z. B. den Unternehmungen) zuzusichernden Selbständigkeit in den sich auf ihre Mikroökonomiken beziehenden Entscheidungen, über die den Belegschaften zu gewährenden Gewinnbeteiligungen, über das System der sogenannten materiellen Interessiertheit, worunter die verschiedensten, den Unternehmungen und ihren leitenden Angestellten unter gewissen Bedingungen zugesicherten pekuniären Vorteile zu verstehen sind, usw.

Die Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder kennt zwar Inflationen, doch ist deren Theorie vorerst nicht ausgearbeitet, wie denn — wie schon betont — die gesamte Geldtheorie in der sozialistischen Wirtschaftstheorie vorerst einen nur unzureichenden Stand aufweist.

Demgegenüber läuft eine wichtige theoretische Diskussion über Fragen des Wertes und der Preise. Die Problematik dieser Diskussion unterscheidet sich jedoch grundlegend von jeder ähnlichen, über kapitalistische Wert- und Preistheorien geführten.

Hinsichtlich des Wertes wird zum Teil — wie schon angedeutet — darüber gestritten, welche Tätigkeiten Grundlagen der Werterzeugung seien, welche Arbeitsergebnisse also als Werte zu erachten und in den Volkseinkommensberechnungen und in der Planung zu berücksichtigen seien.

Bezüglich der Preise aber stellt sich das Problem, wie diese im Interesse der möglichststen Erhöhung der Effizienz des Wirtschaftssystems auszugestalten seien, wobei unter Effizienz sowohl die möglichst beste Befriedigung der Bedürfnisse der Verbraucher als auch die möglichste Haushaltung mit den Ressourcen der Produktion, also letzten Endes das Zurechtbringen des ehrwürdigen Wirtschaftsprinzips zu verstehen sei. Das gewünschte Resultat kann sich nämlich im Sozialismus nicht spontan, sondern nur als Ergebnis eines verständnisvollen Wollens der zuständigen Stellen einstellen<sup>64</sup>.

Typisch für diese Betrachtungsweise sind die Ausführungen von W. Njemschinow<sup>65</sup>. Ihm zufolge gibt es im Sozialismus die Erscheinung des sogenannten Produktionspreises *Marxscher* Observanz nicht<sup>66</sup>. Im Sozialismus sollten hingegen als abgeänderte Wertform die „*volkswirtschaftlichen Produktionskosten*“ zur Geltung kommen, die nur dem Anschein nach den für den Kapitalismus Geltung besitzenden Produktionspreisen entsprechen. Die „volkswirtschaftlichen Produk-

<sup>64</sup> Während der letzten Jahre wurden in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn sehr breit angelegte Debatten über das Preisproblem und dessen Verbindung mit dem Wertproblem geführt. Das hierbei zur Debatte gestandene Grundproblem war das im Text angegebene, wengleich natürlich auch andere Belange berührt worden sind, z. B. die Frage, auf welche Weise die verschiedenen großen Abweichungen der Preise von den im marxistischen Sinne verstandenen Werten den Wohlfahrtsstand der Bevölkerung berührten, deren verschiedene Schichten ja Waren in unterschiedlichen Zusammensetzungen kaufen, so daß die Kaufkraft des Geldes, als aliquote Einheit ihrer Einkommen in Werteinheiten ausgedrückt, ungleich ist. In den Debatten wurde natürlich auch die Frage berührt, auf welche Weise und inwiefern die im marxistischen Sinne genommenen Werte der Waren sich bestimmen ließen.

<sup>65</sup> „Wert und Preis im Sozialismus.“ Woprosi Ekonomiki 1960, No. 12.

<sup>66</sup> Die Bekanntheit mit dem Wesen dieses sogenannten Produktionspreises, der gemäß der *Marxschen* Theorie im Kapitalismus als Ergebnis von spontan wirkenden Kräften zustande kommt, setzen wir hier voraus: er entspricht dem infolge der Berücksichtigung der durchschnittlichen Profitrate abgeänderten gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand, in Geldwert ausgedrückt.

tionskosten“ setzen sich nämlich aus den eigentlichen Selbstkosten und verschiedenen Normativen der Rentabilität zusammen. Diese Rentabilitätsnormen sind zweierlei Art: die wirtschaftlichen Nutzeffekt-Normen der fixen und umlaufenden Mittel (Fonds) und die wirtschaftlichen Nutzeffekt-Normen der Ausnutzung der natürlichen Ressourcen. Beiden liegt es ob, die rationale Mehrprodukt-Akkumulation zu gewährleisten, und zwar in der Weise, daß man den Ort der Mehrprodukt-Akkumulation dem Produktionsort näherbringt, zugleich aber auch dafür sorgt, daß der größte Teil dieser Akkumulation in die eigentliche Staatskasse einfließt. Aus all diesem folgt also, daß *die volkswirtschaftlichen Produktionskosten = die durchschnittlichen Selbstkosten der Industrie + jener Teil des Wertes des Mehrproduktes, den wir vermittelt einheitlich festgesetzter Plannormen proportionell zu den fixen und umlaufenden Mitteln bestimmen + jener Teil des Wertes des Mehrproduktes, den wir auf Grund von differenzierten Normen der Differentialrente bestimmen.*

In der Terminologie der nicht-marxistischen Nationalökonomik bedeutet dies, daß sowohl die Grundrente in vorgestellter Höhe als auch ein einheitlich vorzuschreibender Kapitalzins bei der Bestimmung der Preise und der diese Preise berücksichtigenden Wirtschaftlichkeitskalkulationen eine Rolle zu spielen haben<sup>67</sup>:

Das betreffs der Preise Ausgeführte gilt — *ceteris paribus* — auch für das Problem der Wirtschaftlichkeit der Investitionen oder des Außenhandels, wobei es sich stets darum handelt, Gesichtspunkte zur möglichst günstigen Bestimmung der Rangfolge der infolge der umgrenzten, knappen Möglichkeiten verwirklichtbaren Investitionen bzw. zu der Auswahl der vorteilhaftesten Außenhandelstransaktionen zu gewinnen.

Auch das Problem der mathematischen Verfahren wird in der sozialistischen Nationalökonomik nicht als solches der reinen Erkenntnisförderung gestellt, sondern es wird lediglich gefragt, ob sich diese Methoden zur besseren Ausführung der Volkswirtschaftsplanung und zur Lösung von anderen wirtschaftspolitischen Problemen eignen oder

<sup>67</sup> Ich selbst habe seinerzeit (vgl. „Planwirtschaftliche Reformgedanken in Ungarn“, a.a.O.) vorgeschlagen, man sollte nach den angelegten (fixen) Mitteln eine „Benutzungsgebühr“ (eine euphemistische Bezeichnung für den Kapitalzins) von den sozialistischen Unternehmungen für die Staatskasse einfordern, deren Höhe als jährlicher Prozentsatz einheitlich für die gesamte Volkswirtschaft zu bestimmen wäre. Meinem weiteren Vorschlag nach aber hätten alle sozialistischen Unternehmungen auch nach ihren umlaufenden Mitteln einen Zins zu zahlen, doch wäre dessen Höhe entsprechend der gemäß Branchen unterschiedlichen Umlaufgeschwindigkeit der umlaufenden Mittel (genormt) in der Weise zu bestimmen, daß dieser verhältnismäßig hohe Kapitalzins die Unternehmungen zu einer sparsamen, wirtschaftlich vernünftigen Haushaltung mit diesen Mitteln bewege.

nicht. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den marxistischen Volkswirten konzentrieren sich ausschließlich um diese Frage.

Man könnte nun annehmen, daß im Zusammenhang mit der Popularisierung der mathematischen Methoden und der durch deren Anwendung erzielbaren konkreten Resultate eine Versteifung der Planung einherging. Interessanterweise ist hiervon geradezu das Gegenteil eingetreten. Die Planungsmethoden und der gesamte Planaufbau wurden elastischer<sup>68</sup>.

Wohl die interessanteste Erscheinung der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder während der letzten Jahre war die nach und nach vor sich gegangene Wandlung in den zur Anwendung kommenden Planungsmethoden. Die in den westlichen Ländern wirkenden Volkswirte verurteilen nur zu oft die „Starrheit“ der sozialistischen Planwirtschaft, die sich daraus ergibt, daß die sozialistischen Unternehmungen von den ihnen vorstehenden Stellen bis ins Detail ausgearbeitete Produktionspläne und andere einzuhaltende Daten vorgeschrieben erhalten. Demgegenüber ist zu betonen, daß sich beiläufig seit 1955 in den Methoden der wirtschaftlichen Planung in wohl allen sozialistischen Ländern eine Änderung angebahnt hat, in deren Verlauf diese überall viel elastischer wurde und sich die wirtschaftliche Selbständigkeit der Unternehmungen erhöht hat. Dieser Wandlungsprozeß scheint noch nicht abgeschlossen zu sein.

Es sei mir gestattet, auf eine der neuesten Stationen dieses Prozesses zu verweisen. Die in den verschiedenen sozialistischen Ländern voneinander zum Teil abweichenden Regelungen sehen im allgemeinen vor, daß den Belegschaften der Unternehmungen im Falle der Übererfüllung von verschiedenen Produktions- und anderen Zielen (z. B. solchen, die sich auf die Senkung der Selbstkosten, die Erhöhung des Gewinns usw. beziehen) Prämien zustehen. Die Zusage eines solchen pekuniären Vorteils erscheint im Prinzip richtig, doch führt sie in der Praxis zu verschiedenen höchst unerwünschten Folgen und Weiterungen. So z. B. sind die Unternehmungen im allgemeinen — verständlicherweise — bestrebt, ihre vorstehenden Stellen in der Hinsicht zu beeinflussen, daß diese ihnen möglichst bescheidene Planziele vorschreiben, damit sie diese möglichst stark übererfüllen können, was ja eine Erhöhung der ihren Belegschaften zustehenden Prämien zu sichern geeignet ist. Zu bedenken ist auch, daß das Maß der Übererfüllung der verschiedenen Planziele ebenfalls ganz unterschiedlich zu sein pflegt, was gar nicht selten Störungen in den wirtschaftlichen Beziehungen und Proportionen zum Entstehen bringen kann.

---

<sup>68</sup> Vgl. hierzu auch meinen Aufsatz „Planwirtschaftliche Reformgedanken in Ungarn“, a.a.O.

Um diesen Nachteilen abzuweichen, hat man nun im Jahre 1961 in der Tschechoslowakei ein neues, sich auf die Erfüllung der Planaufgaben beziehendes System eingeführt. Der Grundgedanke dieses Systems besteht darin, daß die Unternehmungen dann am besten fahren, falls sie ihre eine Übererfüllung der Pläne ermöglichenden „Reserven“ (z. B. die Reserven einer besseren Ausnutzung der Produktionskapazitäten, der Materialeinsparung, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität usw.) noch *vor der Ausarbeitung der endgültigen Pläne* aufdecken und die Aufmerksamkeit auf sie lenken. Das geschieht in der Weise, daß die Unternehmungen sogenannte „Direktiven“ zu der Planung von den ihnen vorstehenden Stellen mitgeteilt erhalten. Falls nun die Unternehmungen die ihnen in diesen Direktiven mitgeteilten Planaufgaben in ihren eigenen Planvorschlägen „überbieten“ und diese „Überbietungen“ auch erfüllen, so erhalten sie bzw. ihre Belegschaften weit größere (annähernd doppelt so große) pekuniäre Vorteile und Begünstigungen als in dem Fall, in dem sie sich nur zu der Erfüllung der in den Direktiven vorgesehenen Planziele verpflichten und hernach diese im Verlauf der Planperiode (des Jahres) „übererfüllen“. Einen weiteren, den Unternehmungen bzw. ihren Belegschaften zugesicherten Vorteil bildet, daß bei dem neuen System die zugesicherten Vorteile ihnen bereits vom Beginn des Planjahres angefangen zur Verfügung stehen, während sie sonst nur nach Abschluß des Planjahres zur Verrechnung gelangen.

Hierbei kann auch das von Bedeutung sein, daß zwischen den bei dem neuen System den Unternehmungen vom Anfang des Planjahres an als Prämien zur Verfügung gestellten pekuniären Mitteln auch ein Betrag für die ihrerseits frei verwendbaren Investitionen figuriert, dessen Verwendung mit dazu beitragen kann, daß sie den ihrerseits freiwillig übernommenen Verpflichtungen zur Übererfüllung der ihnen vorgeschriebenen „Direktiven“ auch tatsächlich nachkommen können.

Es ist ganz offenbar, daß dieses neue System Vorteile sowohl hinsichtlich der Ausschaltung von bei der Planung sonst unvermeidlichen Feilschereien als auch in der Hinsicht bietet, daß vermittelt ihm eine bessere wirtschaftliche Voraussicht gesichert werden kann.

Dies sind nun aber Gedanken, die von der sich auf den Kapitalismus beziehenden Wirtschaftsforschung nicht bzw. bestenfalls nur von der dortigen Betriebswirtschaftslehre aufgegriffen werden können.

Aus diesen Ausführungen dürfte es wohl verständlich werden, daß, wenn sich die in der sozialistischen und in der kapitalistischen Wirtschaftsforschung angewendeten Gesichtspunkte trotz des teilweisen Fortbestehens von das gegenseitige Verständnis erschwerenden terminologischen Unterschieden auch zusehends angenähert haben,



die Unterschiede in den Grundproblematiken und in den zu lösenden grundlegenden Fragen als Folge des nicht überbrückbaren Unterschieds zwischen Kapitalismus und Sozialismus auch weiter bestehen.

Aus dem besonderen Charakter der Wirtschaftsforschung im Sozialismus folgt übrigens, daß diese in den sozialistischen Ländern einen sehr breit angelegten Rahmen besitzt, da sich ihr nicht nur Wissenschaftler, Hochschuldozenten und Mitarbeiter von wissenschaftlichen Forschungsinstituten widmen, sondern da sich mit ihr auch viele Mitarbeiter von administrativen Spitzenorganen, Ministerien usw., aber auch von Unternehmungen befassen, da diese letzteren doch zum Teil über die besten praktischen Erfahrungen verfügen, zum Teil aber sozusagen hauptberufsmäßig den günstigsten Lösungen der sich ihnen stellenden wirtschafts- und unternehmungspolitischen Problemen nachzugehen haben. Die Einschaltung der Mitarbeiter der wirtschafts-administrativen Spitzenorgane geht auch daraus hervor, daß z. B. in Ungarn die Bearbeitung von zahlreichen, im neuen Fünfjahrplan der wissenschaftlichen Forschung figurierenden Aufgaben unmittelbar diesen Spitzenorganen übertragen wurde.

Hinsichtlich des Kapitalismus aber kann darauf verwiesen werden, daß manche der dortigen Länder in ihrer Wirtschaftspolitik solche Wirtschaftslenkungsmaßnahmen anwenden, deren Vorbilder oder Analogien sie in der Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder antreffen können, so daß es naheliegend ist, sich die in diesen Ländern gesammelten Erfahrungen zunutze zu machen.

(Schluß folgt im nächsten Heft)